

Arbeitspapier/Dokumentation

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 70
Jutta Graf / Viola Neu

PolitikKompass

Rot-grün ohne Mehrheit

Wechselstimmung etabliert sich wie 1998

Sankt Augustin, Mai 2002

Ansprechpartner: Dr. Stephan Eisel
Leiter der Hauptabteilung
„Innenpolitik und Soziale Marktwirtschaft“
Telefon 0 22 41/246-630
E-Mail: stephan.eisel@kas.de

Viola Neu / Jutta Graf
Team „Politische Kommunikation, Parteien-
Und Meinungsforschung“
Telefon 0 22 41/246-249 /-259
E-Mail: viola.neu@kas.de, jutta.graf@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

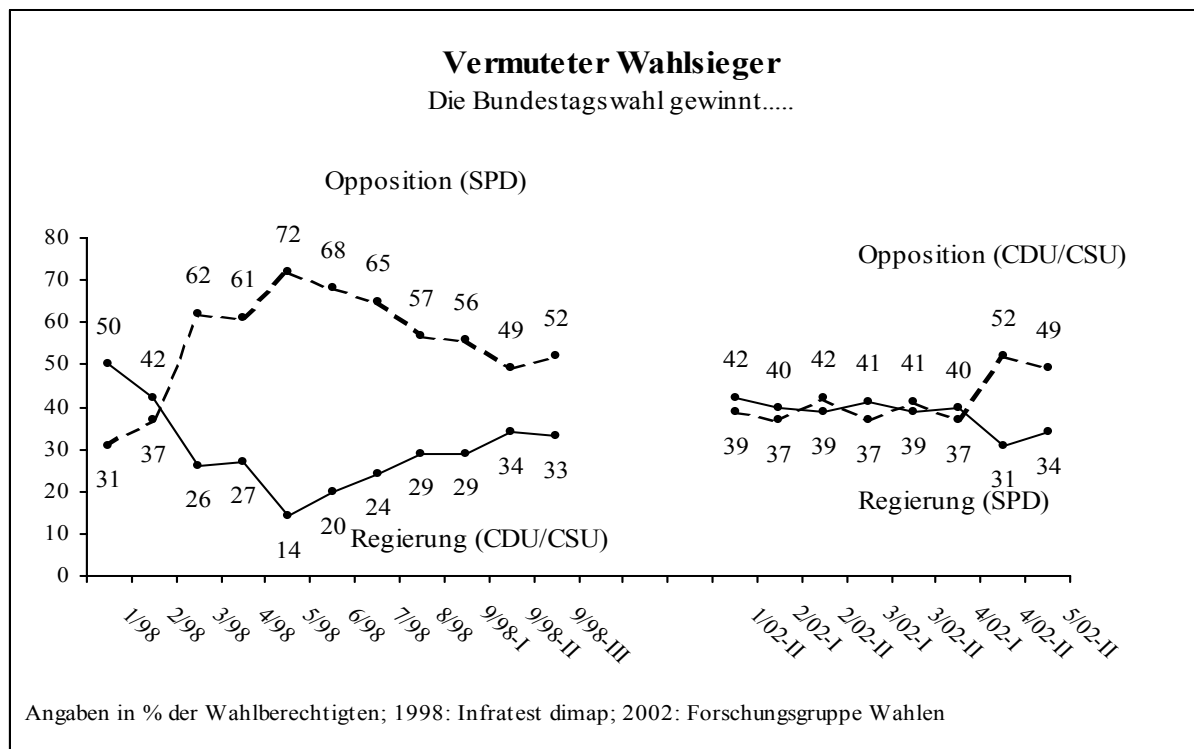
Meinungsklima begünstigt weiterhin die Unionsparteien¹

In der politischen Stimmung hält der in den letzten Monaten beobachtete Negativtrend für die Regierungsparteien weiter an. Wie bereits in den letzten Monaten ist nur noch ein gutes Viertel der Deutschen (28 Prozent) mit den Leistungen der Bundesregierung zufrieden (Infratest dimap, Mai 2002). Immer mehr Bundesbürger sehen CDU/CSU und FDP in der aussichtsreicheren Position. Jeder zweite ist der Ansicht, dass CDU/CSU und FDP als Sieger aus der nächsten Bundestagswahl hervorgehen könnten. Nur noch ein Drittel erwarten den erneuten Wahlsieg der rot-grünen Regierung. Das veränderte Stimmungsbild ist dabei nicht zuletzt auf einen wachsenden Optimismus bei den Anhängerschaften von CDU/CSU und FDP zurückzuführen. Umgekehrt nehmen im Lager der Regierungsparteien die Zweifel an einem erneuten Wahlsieg der rot-grünen Regierung zu. Gegenwärtig erwartet jeder vierte SPD-Anhänger und sogar jeder dritte Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen am 22. September einen Wahlsieg von CDU/CSU und FDP.

Die Bundestagswahl gewinnt die										
	Regierung					Opposition				
	Jan. II/02	Feb. II/02	Mrz II/02	Apr. II/02	Mai I/02	Jan. II/02	Feb. II/02	Mrz II/02	Apr. II/02	Mai I/02
Insgesamt	42	39	39	31	34	39	42	41	52	49
CDU/CSU-Anh.	21	16	18	14	15	67	70	64	74	74
SPD-Anhänger	72	69	69	60	63	14	18	17	26	24
Grüne-Anhänger	71	64	61	51	43	16	20	26	28	33
FDP-Anhänger	34	30	36	20	28	49	45	49	70	55
PDS-Anhänger	50	48	47	43	34	28	34	31	44	59
Angaben in % der Wahlberechtigten; Forschungsgruppe Wahlen										

Seit der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt hat sich die Wechselstimmung zu Gunsten der CDU/CSU verstärkt. Ein erneuter Wahlerfolg der gegenwärtigen Regierung wird immer weniger erwartet. Damit zeigen sich deutliche Parallelen zur Bundestagswahl 1998. Wie im Vorfeld dieser Bundestagswahl wurde auch damals der Opposition die größeren Siegeschancen zugerechnet. 1998 wechselte nach der Landtagswahl in Niedersachsen die politische Stimmung dramatisch und die SPD wurde als Gewinner gehandelt.

¹ Dieser Auswertung liegen folgende Umfragen zugrunde: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Mai 2002; Infratest dimap DeutschlandTREND Mai 2000; Institut für Demoskopie Allensbach, in: FAZ vom 15. Mai 2002.



Eine Koalition aus CDU/CSU und FDP findet wachsende Zustimmung. Inzwischen votiert jeder dritte Bundesbürger für eine bürgerliche Regierungskoalition. Eine Fortsetzung der rot-grünen Regierung für eine weitere Legislaturperiode wünschen gegenwärtig nur 21 Prozent der Bundesbürger (Forschungsgruppe Wahlen, Mai 2002).

Gewünschte Regierungskoalition									
	Sept 01	Okt 01	Nov 01	Dez 01	Jan. II/02	Feb. II/02	Mrz II/02	Apr. II/02	Mai- I/02
CDU/CSU + FDP	20	17	19	21	29	29	25	34	32
SPD + Grüne	17	18	16	20	17	20	19	16	21
SPD + FDP	10	10	13	13	11	9	9	9	9
SPD + CDU/CSU	16	21	16	13	12	14	15	12	14
sonstige	10	12	14	13	13	11	11	9	6
weiß nicht	27	23	23	22	19	18	21	19	17

Angaben in % der Wahlberechtigten; Forschungsgruppe Wahlen

Wären heute Bundestagswahlen, so käme die CDU/CSU nach der neuesten Umfrage von Infratest dimap auf 41 Prozent und die SPD auf 32 Prozent. Die Union würde damit ihren Vorsprung auf 9 Prozentpunkte ausbauen. Für die Sozialdemokraten ist dies in den Umfragen von Infratest dimap das schlechteste Ergebnis seit Dezember 1999. Drittstärkste Partei ist die FDP mit einem Stimmenanteil von 11 Prozent. Im Vergleich zum Vormonat konnte sie ihren

Wähleranteil damit um 2 Prozentpunkte ausbauen. Bündnis 90/Die Grünen lägen 7 Prozent und die PDS würde 5 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen (-2 Prozentpunkte).

Nach diesen Ergebnissen erhielt die rot-grüne Koalition mit 39 Prozent keine regierungsfähige Mehrheit mehr, während CDU/CSU und FDP mit 52 Prozent eine absolute Mehrheit aufwiesen und somit über eine komfortable Mehrheit der Sitze im Bundestag verfügen würden.

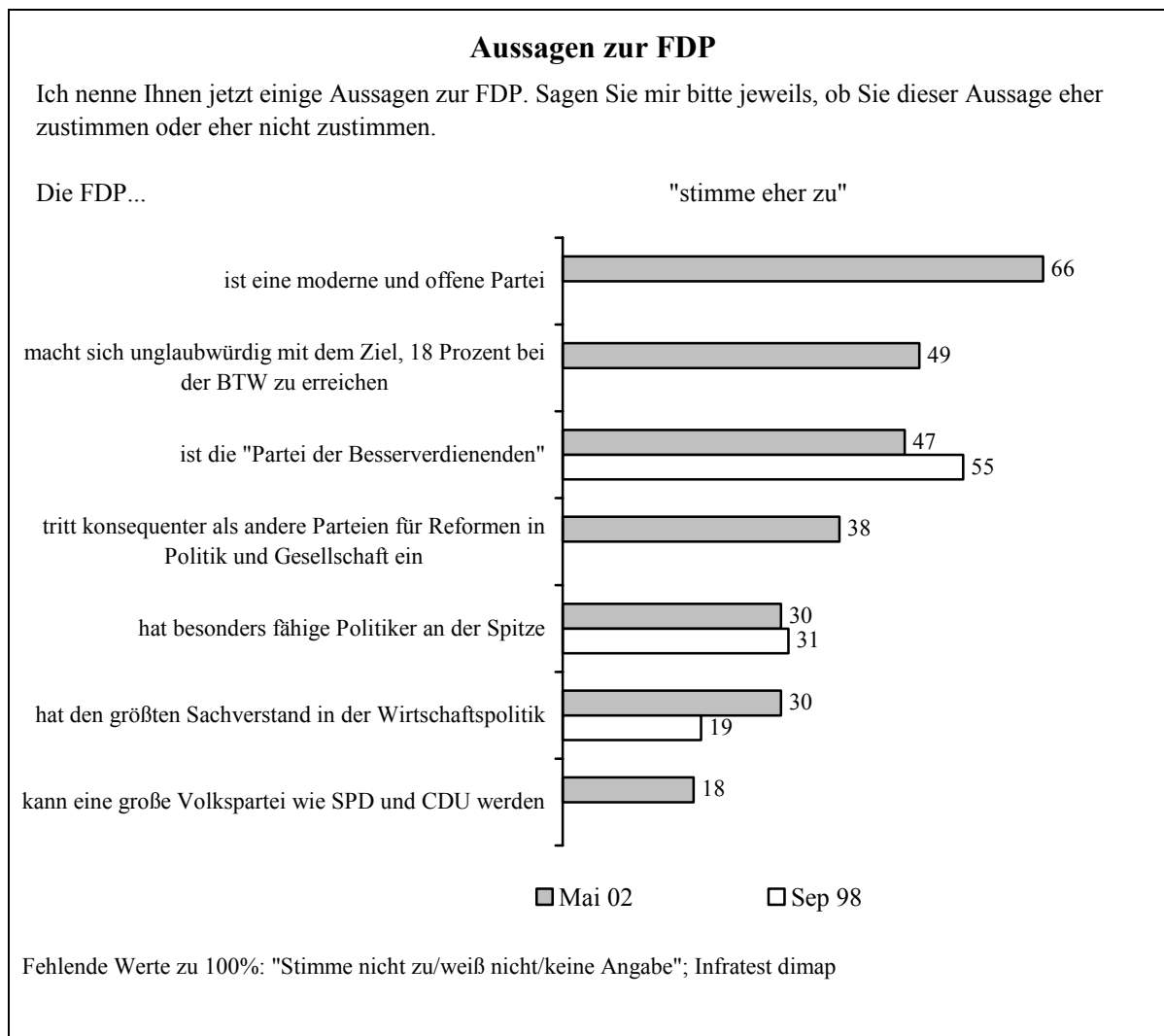
Die Entwicklungen verlaufen in den alten und den neuen Bundesländern in die gleiche Richtung. Die Unionsparteien in den alten Bundesländern mit 43 Prozent (+3 Prozentpunkte) und in den neuen Bundesländern mit 35 Prozent (+2 Prozentpunkte) der Wählerstimmen rechnen. Die SPD verliert in West wie in Ost 2 Prozentpunkte und käme auf 34 bzw. 27 Prozent. Für die Liberalen ist die Lage in Ostdeutschland derzeit so günstig wie nie zuvor. In den neuen Ländern könnte die FDP jetzt mit 9 Prozent (+3 Prozentpunkte) rechnen; in den alten Bundesländern erhielten die Liberalen 11 Prozent der Wählerstimmen (+1 Prozentpunkt).

Entwicklung der Wähleranteile Mai 2002							
	Infratest dimap			Institut für Demoskopie Allensbach			Forschungsgruppe Wahlen
	Bundesgebiet	West	Ost	Bundesgebiet	West	Ost	Bundesgebiet
CDU/CSU	41 (+2)	43 (+3)	35 (+1)	38,2(+1,2)	40,4(+1,2)	28,6(+1,0)	41(+/-0)
SPD	32 (-2)	34 (-2)	27 (-2)	33,2(-1,3)	34,9(-1,0)	25,8(-2,7)	36(+/-0)
Bündnis 90/Die Grünen	7(+/-0)	7 (-1)	3 (-1)	6,4(-0,1)	6,9(-0,2)	4,0(+0,3)	6(+/-0)
FDP	11 (+2)	11 (+1)	9 (+3)	12,8(+0,9)	13,2(+0,5)	11,3(+2,9)	8(+/-0)
PDS	5 (-2)	1 (-1)	22 (-2)	6,2(-0,7)	2,1(-0,2)	24,0(-3,0)	5(+/-0)
Rechte (REP)				1,8(+0,2)	1,7(+0,2)	2,3(+0,4)	
Sonstige	4(+/-0)	4(+0)	4 (+1)	1,4(-0,2)	0,8(-0,5)	4,0 (+1,1)	4(+/-0)
Infratest dimap (29.04. – 01.05.2002) Forschungsgruppe Wahlen (06. – 08.2002) Institut für Demoskopie Allensbach (24.04. – 06.05.2002) Angaben in % der Wähler; Angaben in Klammern = Vergleich zum Vormonat							

Die wachsenden Wähleranteile der Liberalen sind begründet in dem positiven Erscheinungsbild. Die FDP verkörpert gegenwärtig für zwei Drittel der Bundesbürger Modernität und Offenheit. 38 Prozent sind der Meinung, dass sich die Liberalen konsequenter als andere Parteien für politische und gesellschaftliche Reformen einsetzen. Drei von zehn Wählern bescheinigen ihr darüber hinaus, dass sie besonders fähige Politiker an der Spitze hat. Die größere Kompetenz in Wirtschaftsfragen schreibt ihr allerdings gegenwärtig nur ein

Fünftel der Bundesbürger zu – 1998 waren es 30 Prozent. Offensichtlich geht hier das veränderte Image der Liberalen und der größere Zuspruch mit einem Verlust an programmatischem Profil einher.

Der Versuch von Guido Westerwelle, die Liberalen neben der FDP und den Unionsparteien als Volkspartei zu positionieren, findet über die eigenen Anhängerschaften hinaus Beachtung. 18 Prozent der Deutschen halten diese Strategie für erfolgreich. Ihr „Projekt 18“ stößt gleichermaßen auf Zustimmung wie Kritik in der Bevölkerung: 49 Prozent der Bundesbürger sind der Meinung, dass sich die Liberalen damit unglaublich machen, 47 Prozent sind nicht dieser Ansicht. Angesichts großer Akzeptanz von „Projekt 18“ in der eigenen Anhängerschaft (69 Prozent) dürfte das Kalkül aufgehen, damit Aufmerksamkeit zu erzielen und zusätzliche Wähler zu mobilisieren. Erschwerend auswirken könnte sich da eher, dass der FDP nach wie vor das Image anhaftet, die „Partei der Besserverdienenden“ zu sein (47 Prozent).

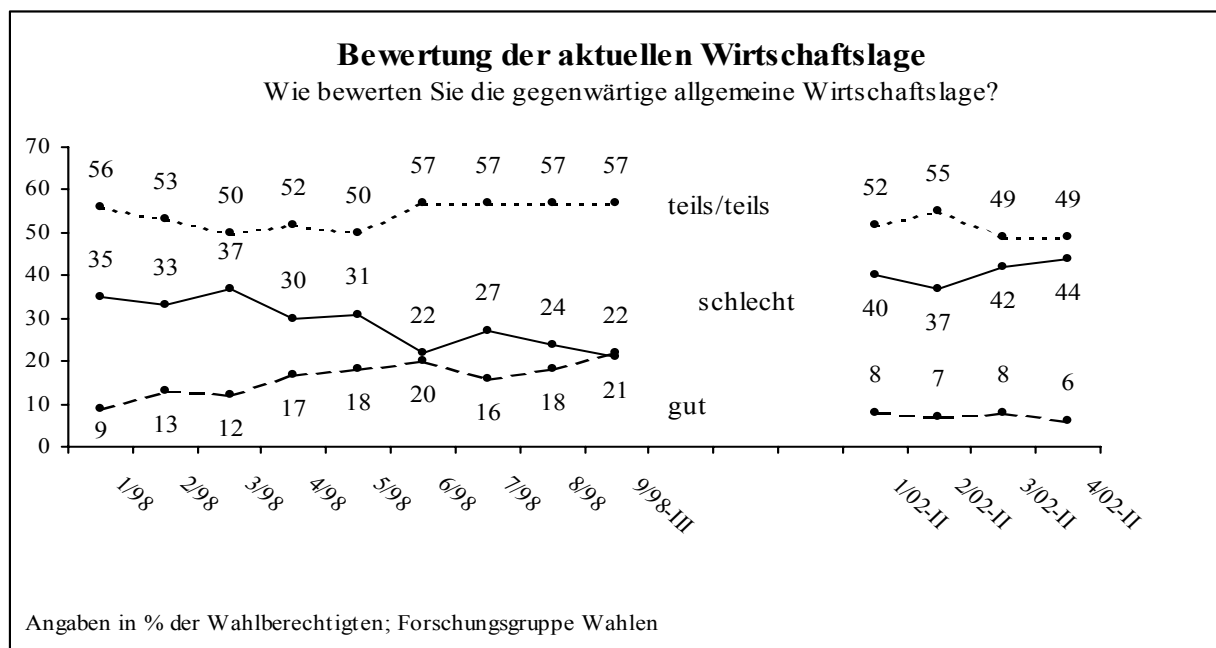


1998 und 2002 im Vergleich: Vorzeichenwechsel zugunsten der Union

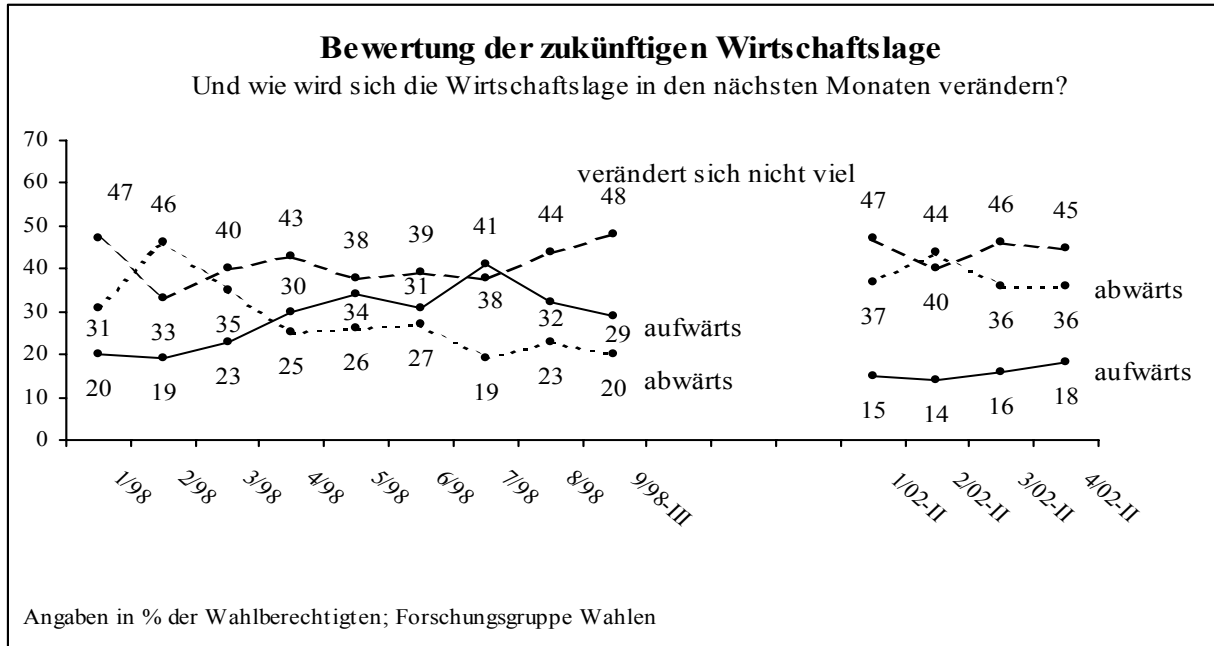
Fast alle zentralen Indikatoren haben im Vorfeld der Bundestagswahl ihre Richtung im Vergleich zu 1998 geändert. In den wesentlichen Fragestellungen liegt die Union jetzt wieder vor der SPD. Sie wird besser beurteilt als die Regierung, man glaubt, dass sie die Wahl gewinnen wird und ihr wird in den wichtigen Themen die Kompetenz vor der SPD zu gesprochen. Insbesondere bei der Arbeitsmarktpolitik hat sie der SPD die Kompetenzführerschaft abgenommen. Zudem ist die bürgerliche Koalition das derzeit bevorzugte Modell. Allerdings ist es der Union noch nicht gelungen, eine Mehrheit davon zu überzeugen, die anstehenden Probleme besser als die SPD-Regierung lösen zu können. Auch in der Kandidatenfrage liegt der Herausforderer knapp hinter dem Amtsinhaber. Insgesamt ist die Ausgangslage für die Bundestagswahl für die Union aber positiv.

Zu den „Faustregeln“ der Wahlforschung gehört, dass eine negative Einschätzung der Wirtschaftslage die Opposition begünstigt und sich nachteilig auf die Bewertung der Regierung auswirkt. Während 1998 die SPD von der eher kritischen Haltung zur wirtschaftlichen Entwicklung profitieren konnte, wirkt sich dies 2002 zu Gunsten der Union aus.

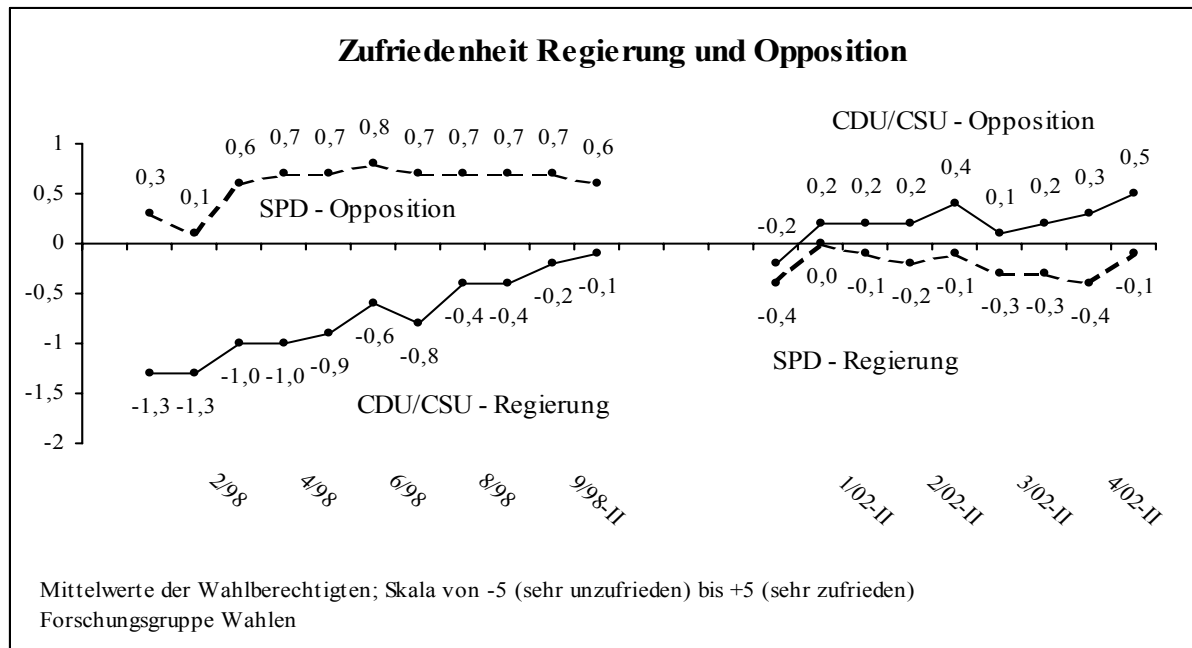
Im Vergleich zum Klima im Wahljahr 1998 wird die aktuelle wirtschaftliche Lage wesentlich schlechter eingeschätzt. 1998 dominierten noch diejenigen, bei denen sich positive und negative Einschätzungen die Waage hielten. 2002 hat sich der Anteil der Pessimisten im Vergleich zu 1998 etwa verdoppelt.



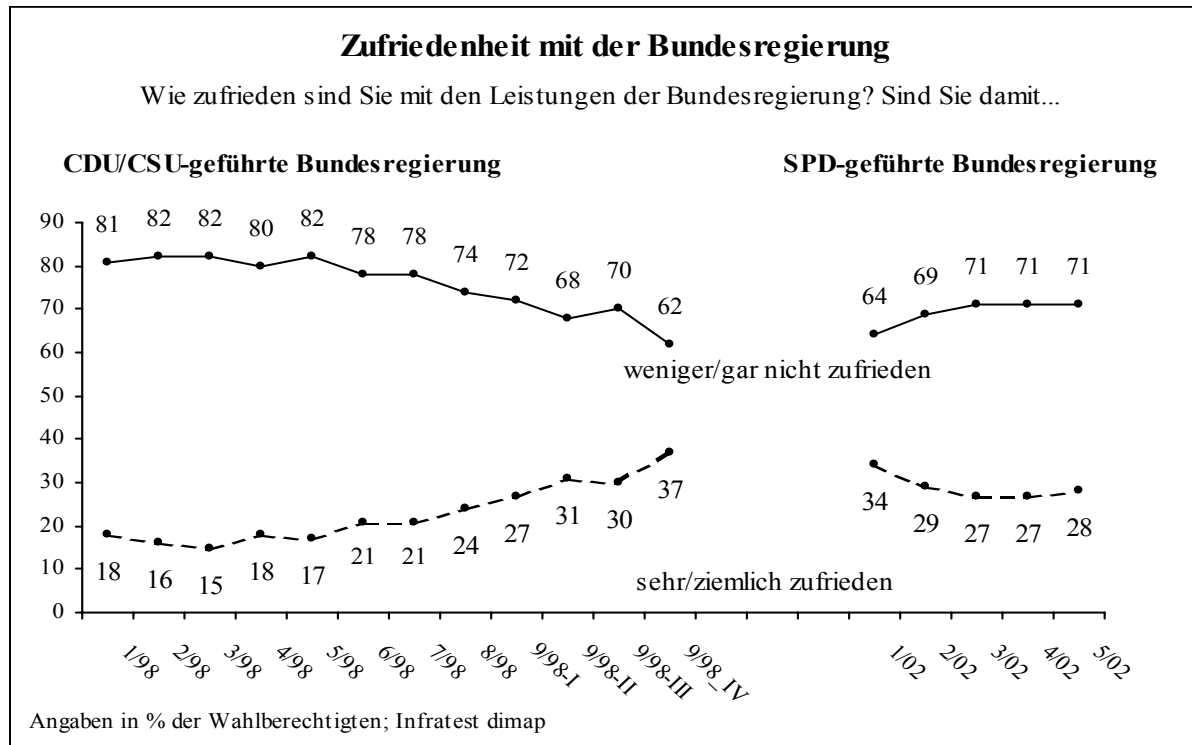
Analog zur aktuell weit verbreiteten Depression sind auch die zukünftigen Erwartungen mehr als gedämpft. Unmittelbar vor der Bundestagswahl 1998 glaubten 29 Prozent der Deutschen noch an einen Aufschwung, im Frühsommer 2002 liegt der Anteil bei 18 Prozent. Umgekehrt glauben 36 Prozent, dass es auch in Zukunft abwärts geht. Somit liegt auch der Anteil der pessimistischen Erwartungen über dem vor vier Jahren.



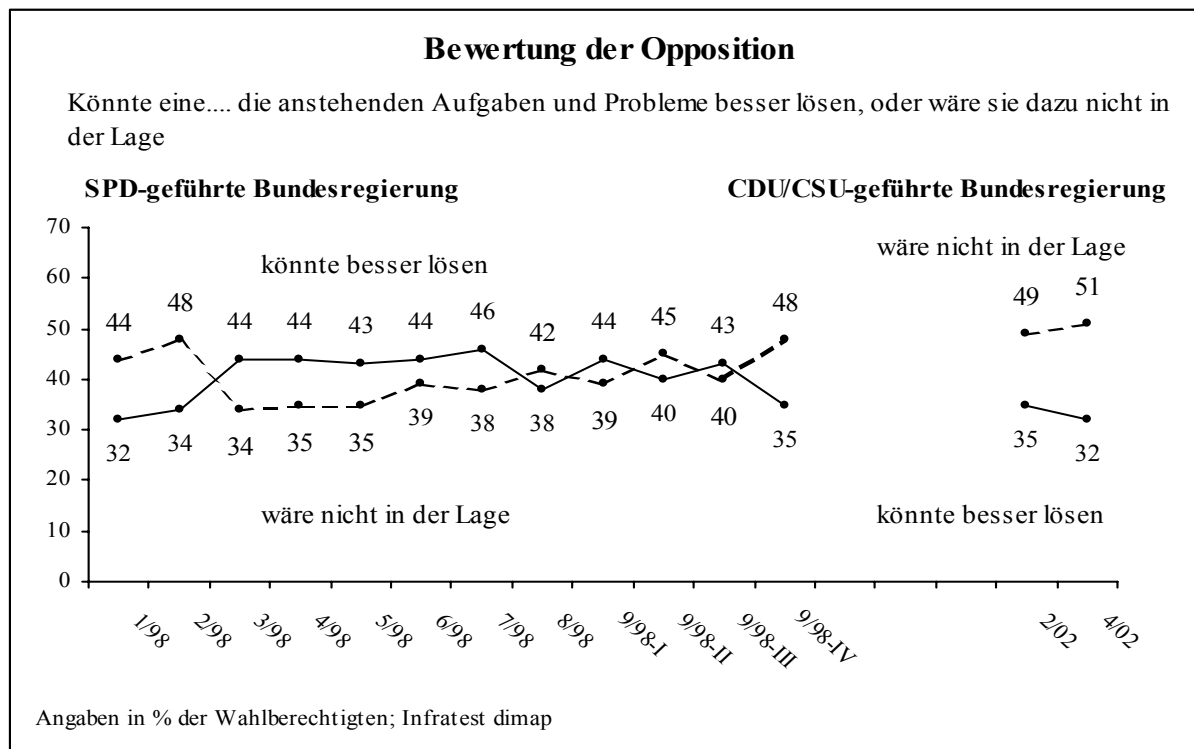
In der Frage der Bewertung von Regierung und Opposition zeichnet sich eine mit 1998 vergleichbare Situation ab, nur mit umgekehrten Vorzeichen. Die CDU/CSU-Opposition wird im Frühsommer 2002 etwa so bewertet wie die SPD-Opposition 1998. Die Herausforderer lagen in beiden Jahren bei der Zufriedenheit deutlich vor den Amtsinhabern.



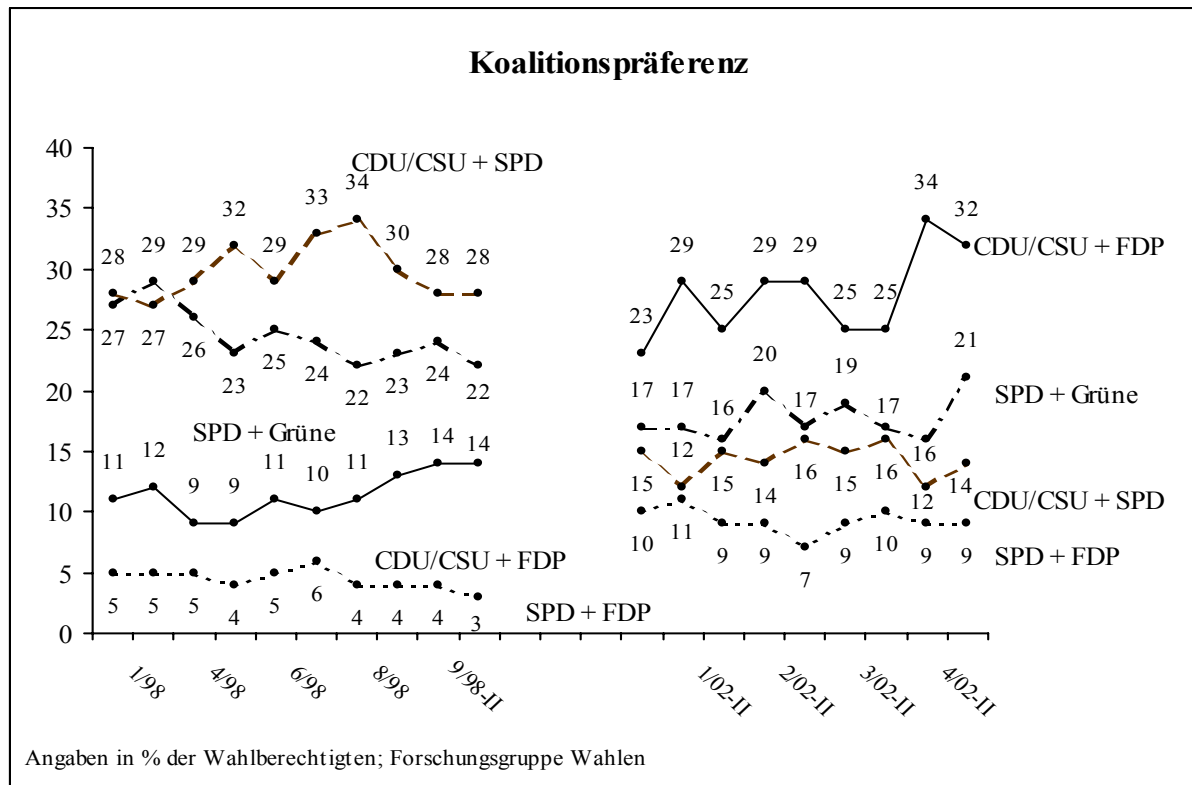
Auch mit einem anderen Meßinstrument zeichnet sich die gleiche Lage ab. Union und SPD haben die Plätze getauscht. 1998 und 2002 bewegt sich die Unzufriedenheit mit der Regierung jeweils auf hohem Niveau.



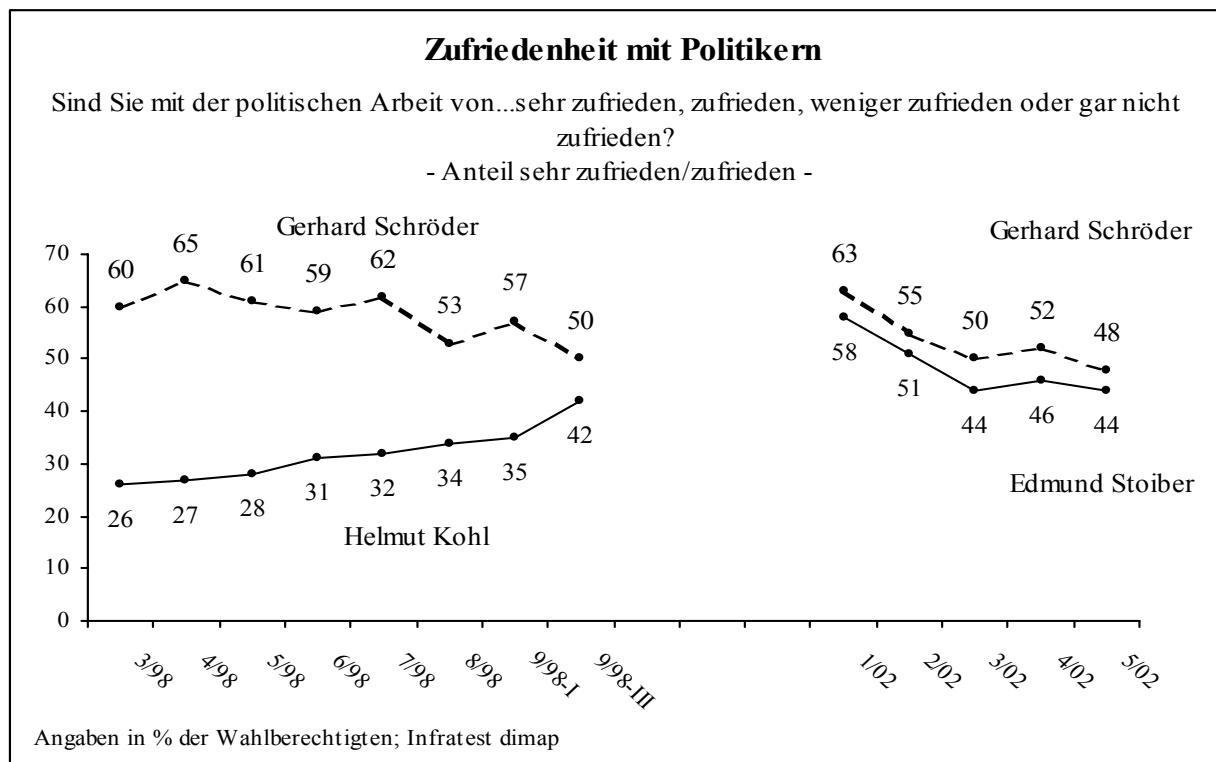
Dennoch hat sich die Unzufriedenheit mit der Regierung noch nicht so gewandelt, dass eine Mehrheit der Bundesbürger glaubt, die Union könnte die anstehenden Probleme und Aufgaben besser lösen als eine SPD-geführte Bundesregierung. Bei diesem Indikator zeichnet sich gegenüber der Union Skepsis ab. Etwa die Hälfte der Bundesbürger ist der Ansicht, dass die Union die anstehenden Probleme nicht besser lösen kann, etwa ein Drittel traut dies der Union zu. 1998 war diese Frage Schwankungen unterworfen. Im Vorfeld der Wahl lieferten sich Regierung und Opposition fast ein Kopf an Kopf Rennen, und unmittelbar vor der Wahl konnte die SPD einen Kompetenzzuwachs verzeichnen.



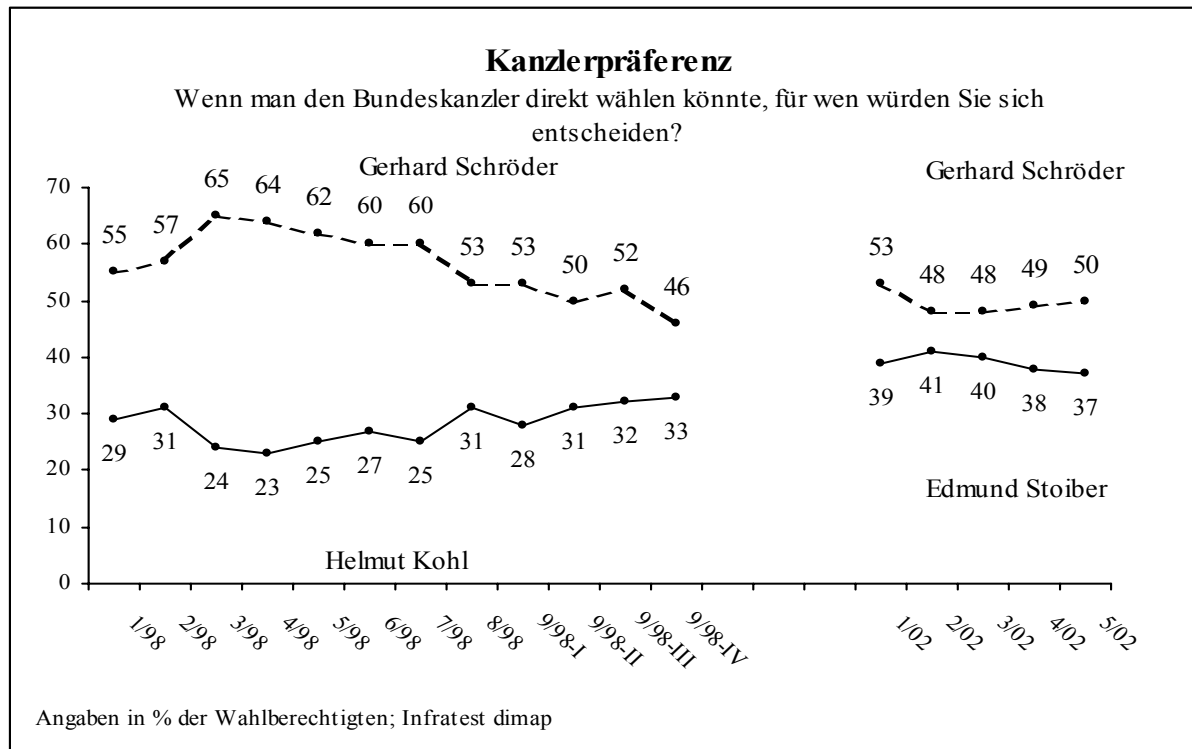
Im Gegensatz zu 1998 werden der Union im Vorfeld dieser Bundestagswahl nicht nur in wachsendem Maße die größeren Siegeschancen zugerechnet (siehe oben), sondern eine Koalition aus Union und FDP ist außerdem auch das bevorzugte Regierungsmodell. Durch die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt hat dieses Koalitionsmodell einen zusätzlichen Auftrieb erfahren. Alle anderen Koalitionsoptionen finden deutlich geringeren Zuspruch. Dies gilt insbesondere für die große Koalition, die im Vergleich zu 1998 deutlich an Rückhalt verlor. Rot-grün befindet sich derzeit etwa auf dem Stand, den sie 1998 unmittelbar vor der Wahl einnahmen (wobei diese Koalitionsoption im Laufe von 1998 erheblich an Unterstützung einbüßte).



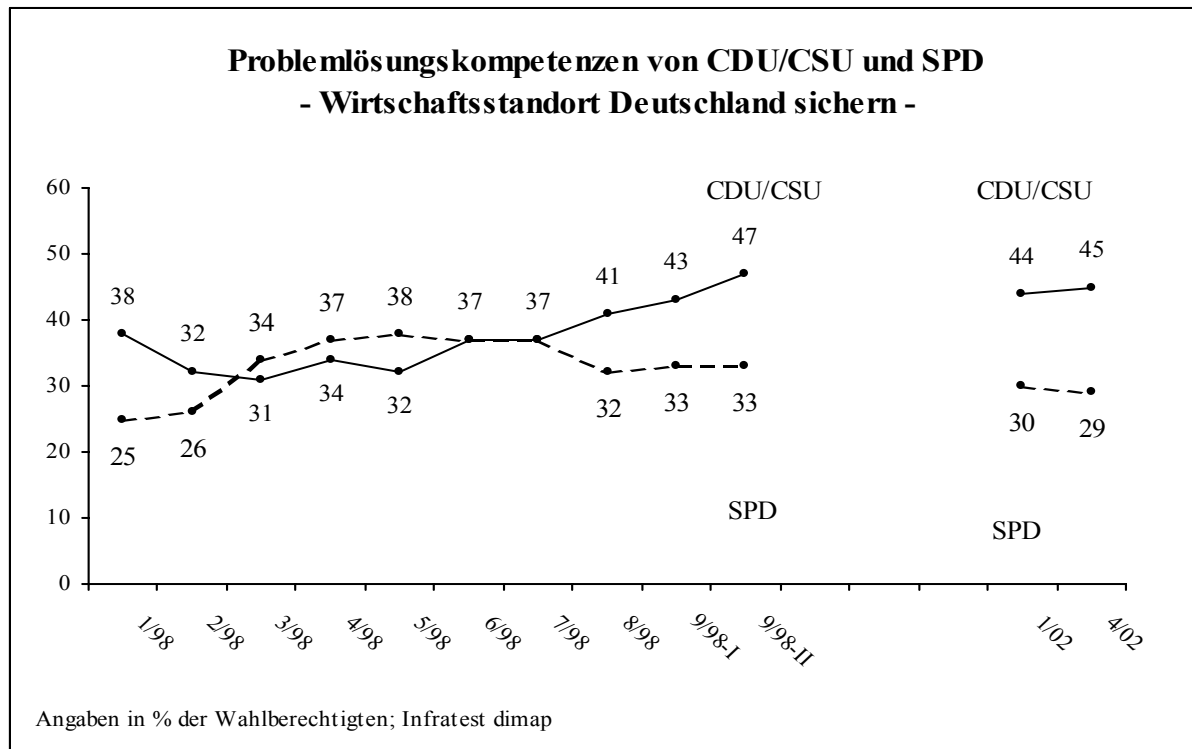
Mit Edmund Stoiber sind die Wähler zwar weniger zufrieden als mit Gerhard Schröder, allerdings ist die Differenz zwischen Herausforderer und Amtsinhaber gering. Im Wahljahr 1998 lag Schröder während des gesamten Wahlkampfes deutlich vor Kohl. Erst unmittelbar vor der Wahl schloß Kohl auf und verringerte die Distanz deutlich.



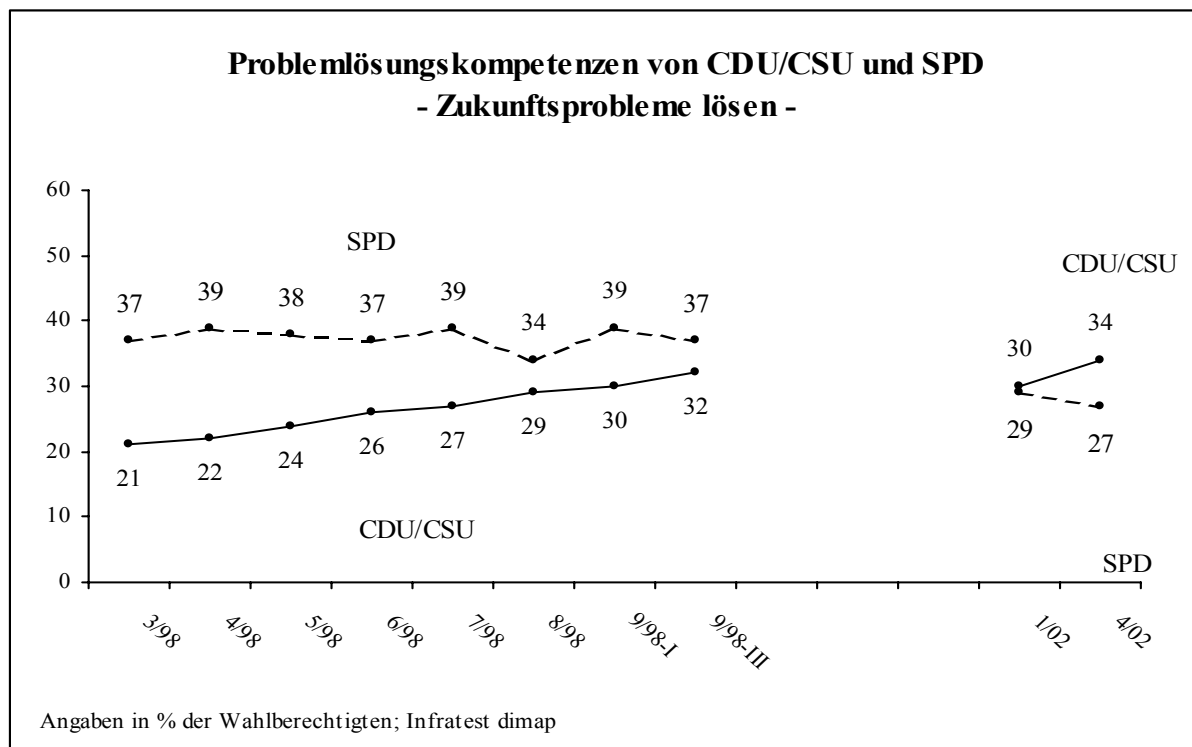
Auch in der hypothetischen Frage nach Direktwahl des Bundeskanzlers, liegt Schröder vor Stoiber. Allerdings sind auch hier die Distanzen zwischen Amtsinhaber und Herausforderer kleiner als im Wahlkampf 1998.



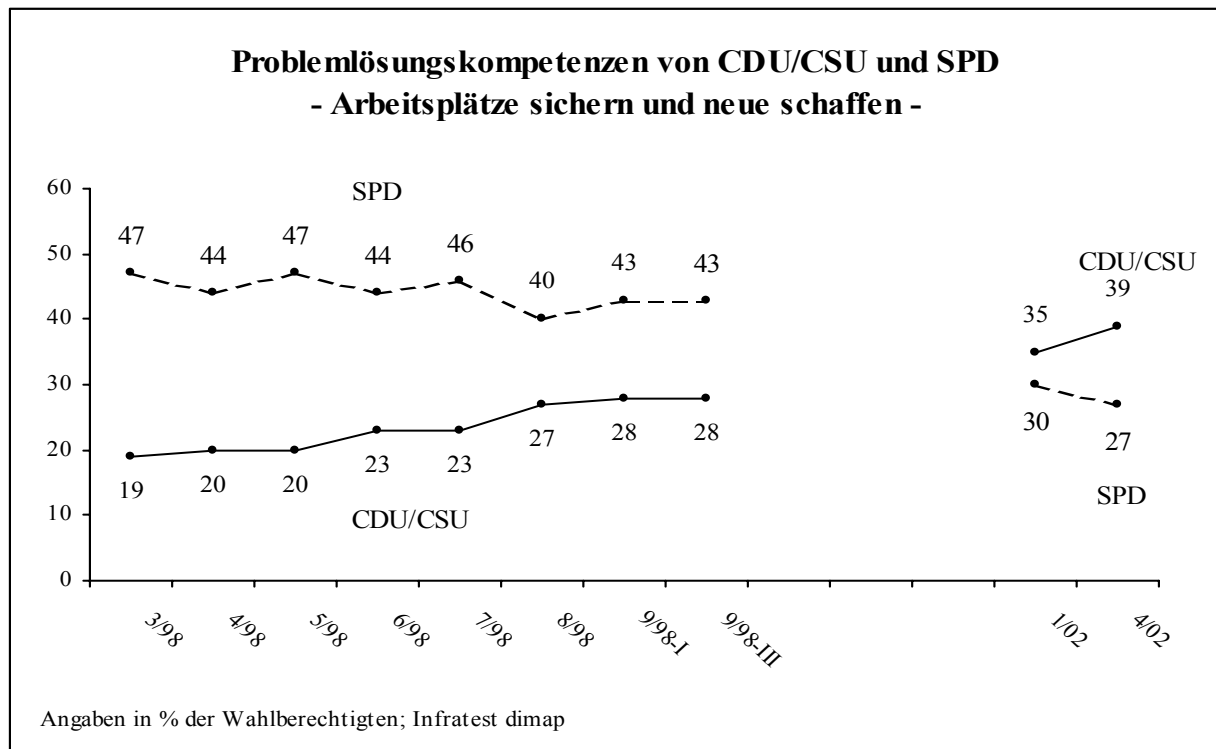
Die Problemlösungskompetenzen haben sich hingegen deutlich zugunsten der Union verändert. In der für die Wahlentscheidung der Bürger zentralen Frage nach der Wirtschaftskompetenz, ist es der Union gelungen, ihren Kompetenzvorsprung zu halten. Während des Wahlkampfes 1998 geriet die Union auch in ihrer Kernkompetenz unter Druck und konnte erst im unmittelbaren Vorfeld der Wahl die Führerschaft bei diesem Thema wieder an Boden gutmachen. Im Vorfeld der Bundestagswahl 2002 ist die Kernkompetenz der Union gefestigt.



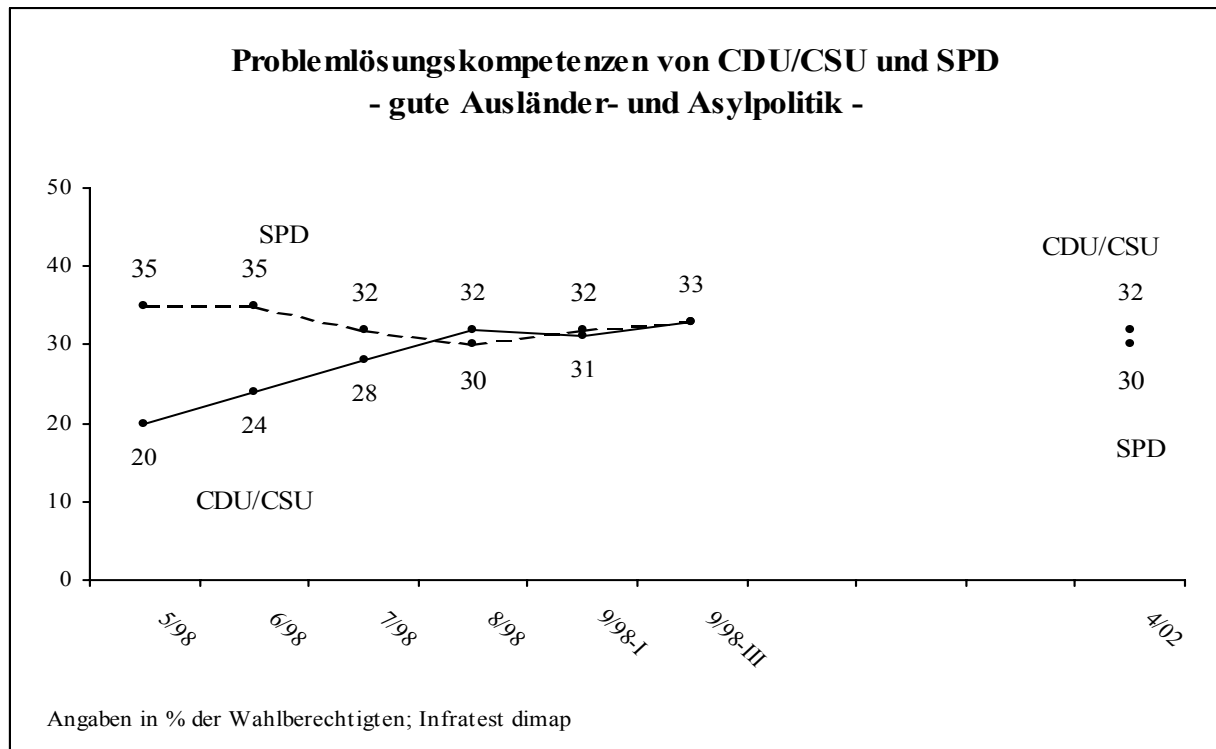
Auch in einer anderen, für die Wahlentscheidung zentralen Kompetenzzuweisung, ist die Position der Union gegenüber der SPD im Vergleich zu 1998 gewandelt. Der Union wird zugetraut, die Zukunftsprobleme besser als die SPD lösen zu können. In dieser wichtigen Frage genoss die SPD 1998 während des gesamten Wahlkampfes das Vertrauen der Bürger.



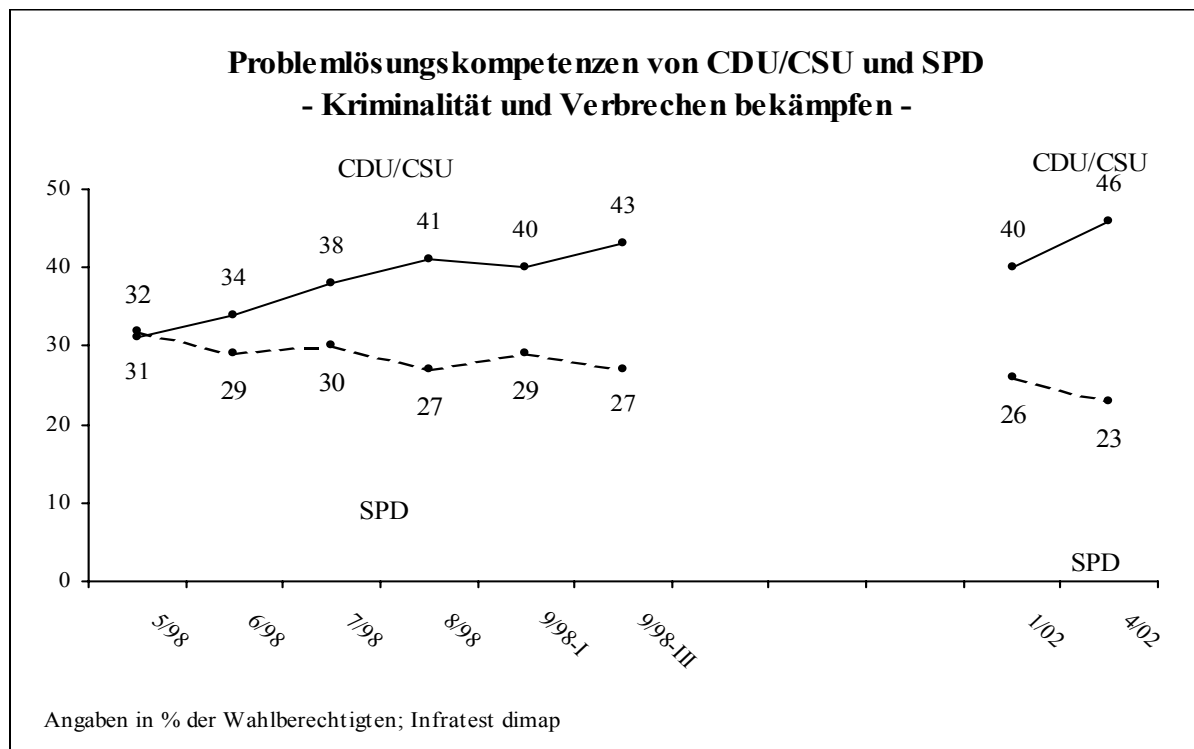
Auch in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben sich die Prioritäten vertauscht. Die Union befindet sich auch bei diesem Thema, das die Rangliste der wichtigsten Probleme konstant anführt, klar vor der SPD. 1998 konnte sich die Union gegenüber der SPD bei diesem Problemfeld nicht behaupten.



Beiden Volksparteien wird etwa zu gleichen Teilen zugetraut, eine gute Ausländer- und Asylpolitik zu betreiben. Dies entspricht der Bewertung von 1998. Da diese Formulierung eher diffus ist, kann vermutet werden, dass die Wähler unterschiedliche inhaltliche Ausrichtungen der Parteien als "gut" empfinden, was die Patt-Situation erklären könnte. Bei differenzierter Frage, würden die inhaltlichen Unterschiede deutlich werden.



Die Kernkompetenz der Union bei der Frage der Verbrechensbekämpfung bleibt auch 2002 unangetastet. Im Unterschied zu 1998, ist es der SPD zu keinem Zeitpunkt gelungen, der Union den Rang streitig zu machen.

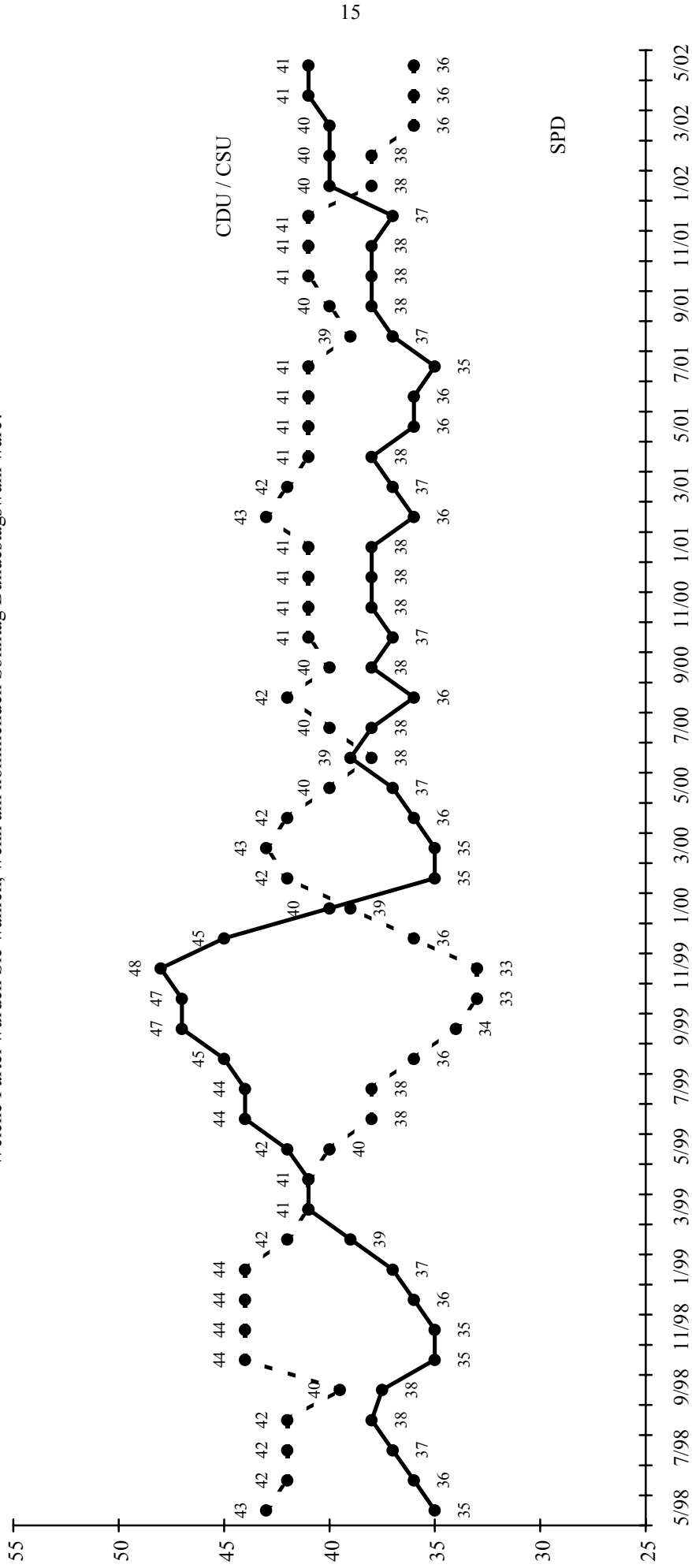


Anhang: Zusammenschau langfristiger Trends

Sonntagsfrage Forschungsgruppe Wahlen

Gesamtdeutschland

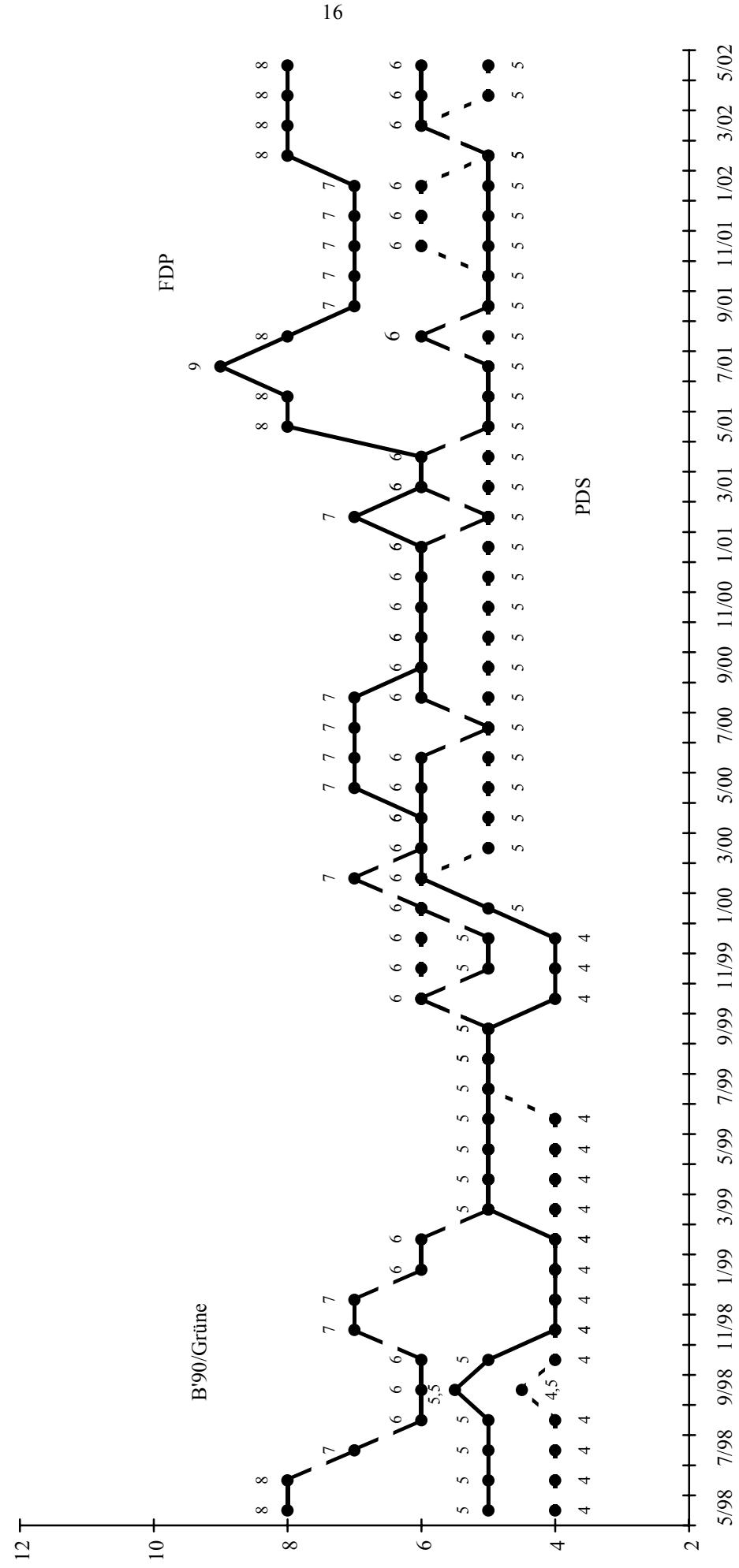
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler; Forschungsgruppe Wahlen

Sonntagsfrage Forschungsgruppe Wahlen Gesamtdeutschland

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

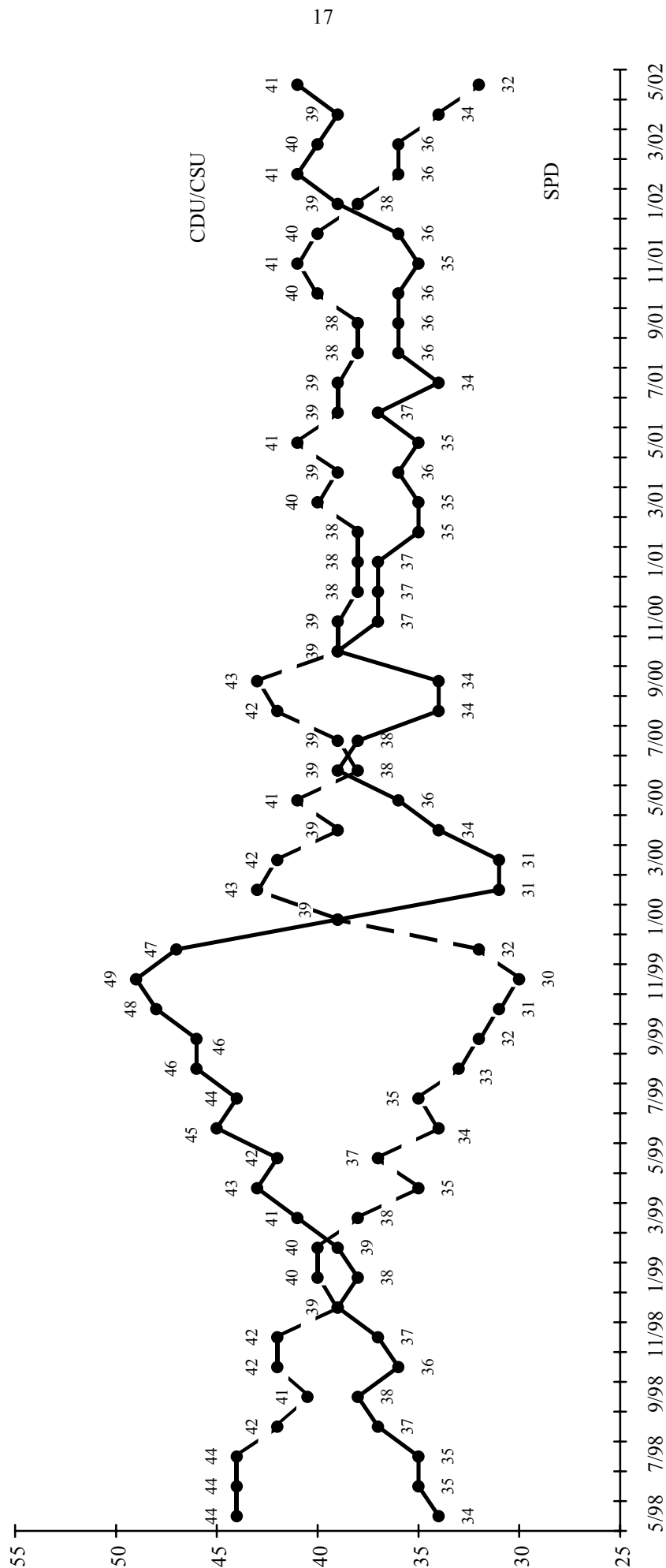


Angaben in % der Wähler; Forschungsgruppe Wahlen

Sonntagsfrage Infratest dimap

Gesamtdeutschland

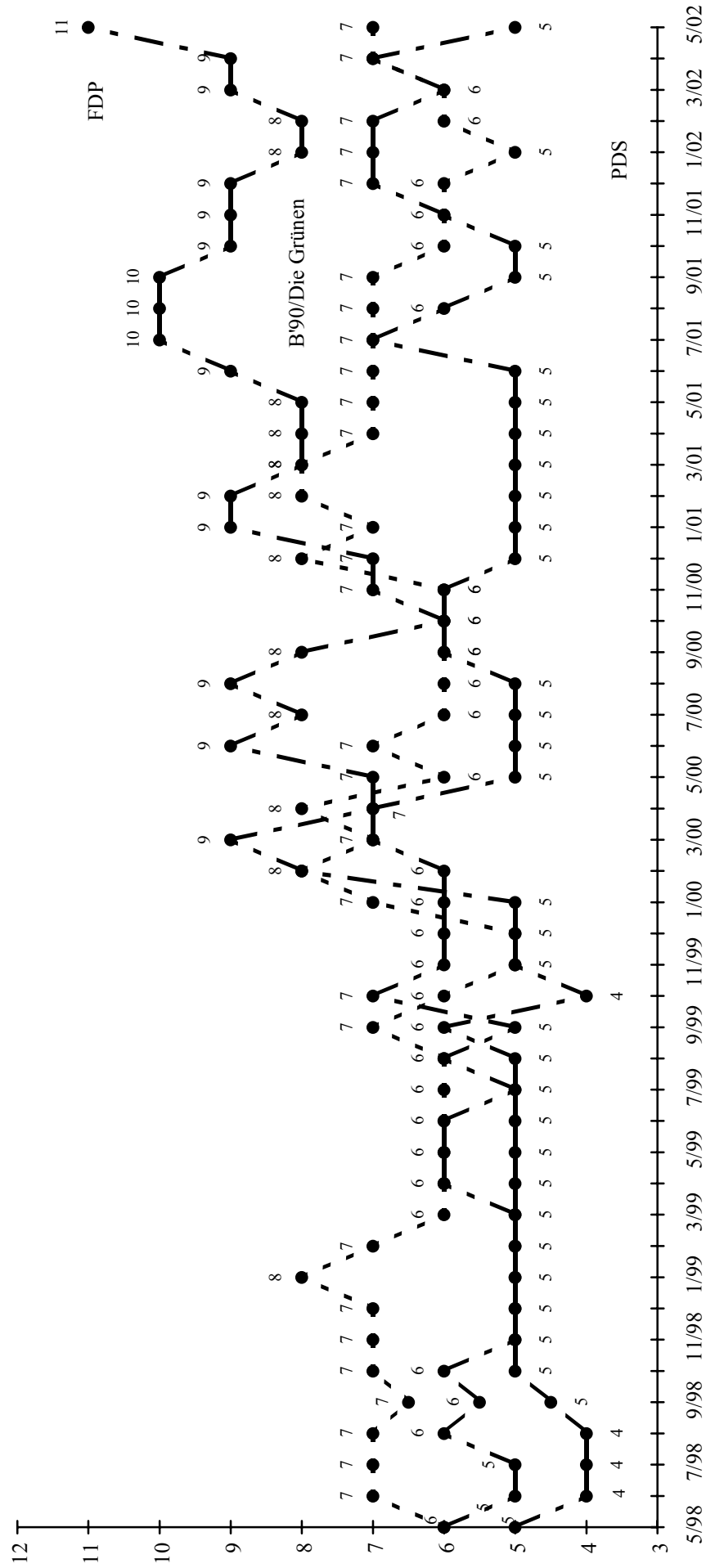
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler, Infratest dimap

Sonntagsfrage Infratest dimap Gesamtdeutschland

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

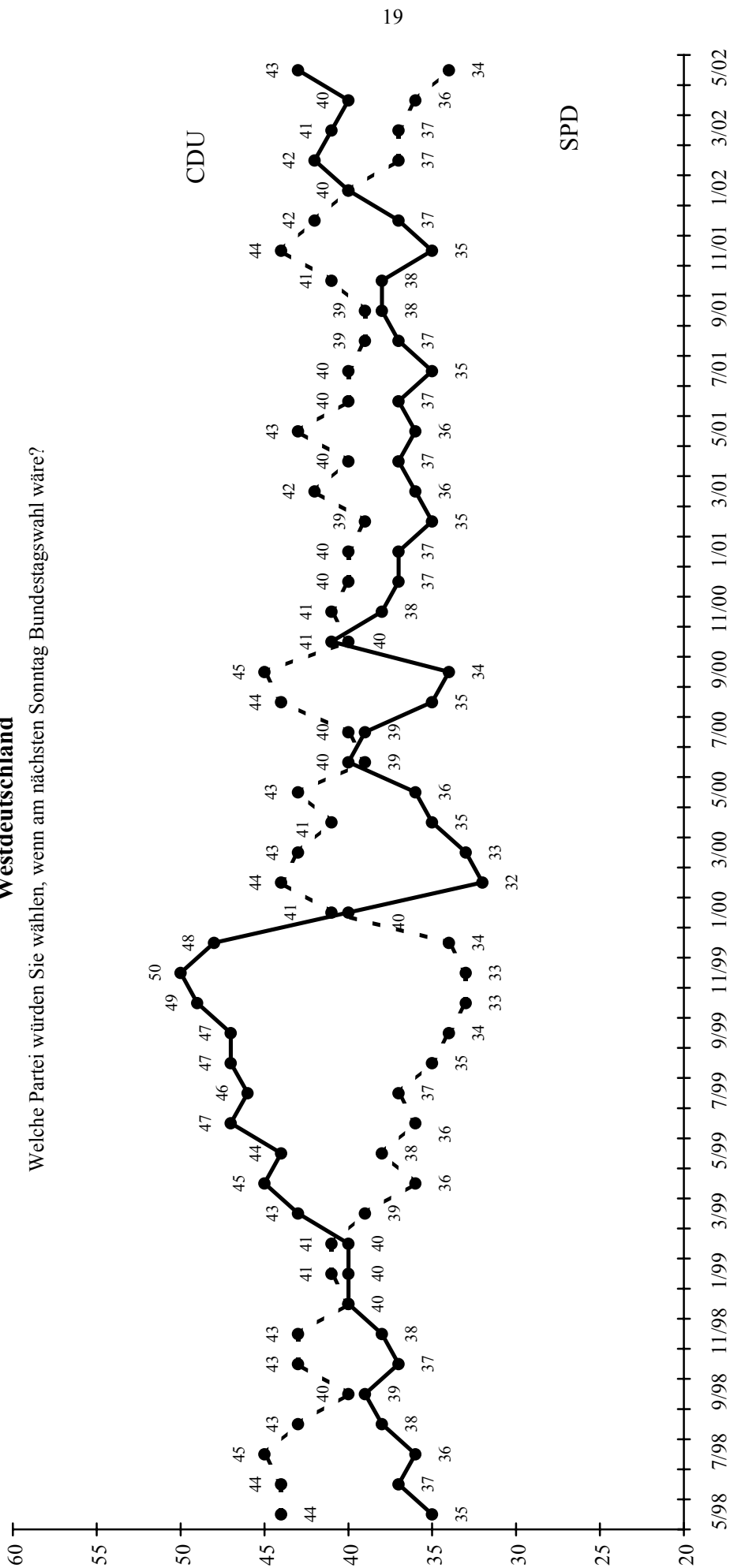


Angaben in % der Wähler; Infratest dimap

Sonntagsfrage Infratest dimap

Westdeutschland

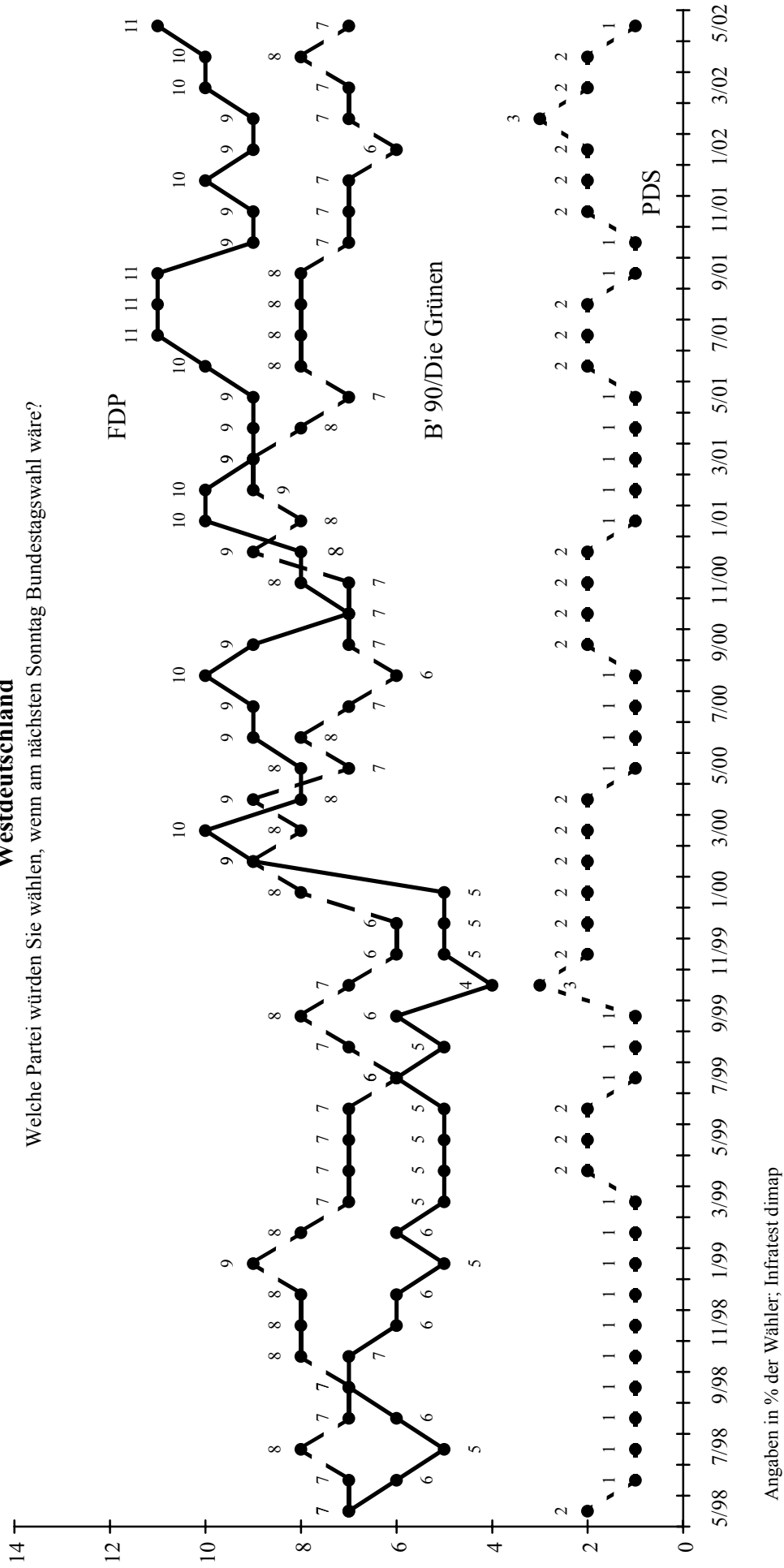
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler; Infratest dimap

Sonntagsfrage Infratest dimap Westdeutschland

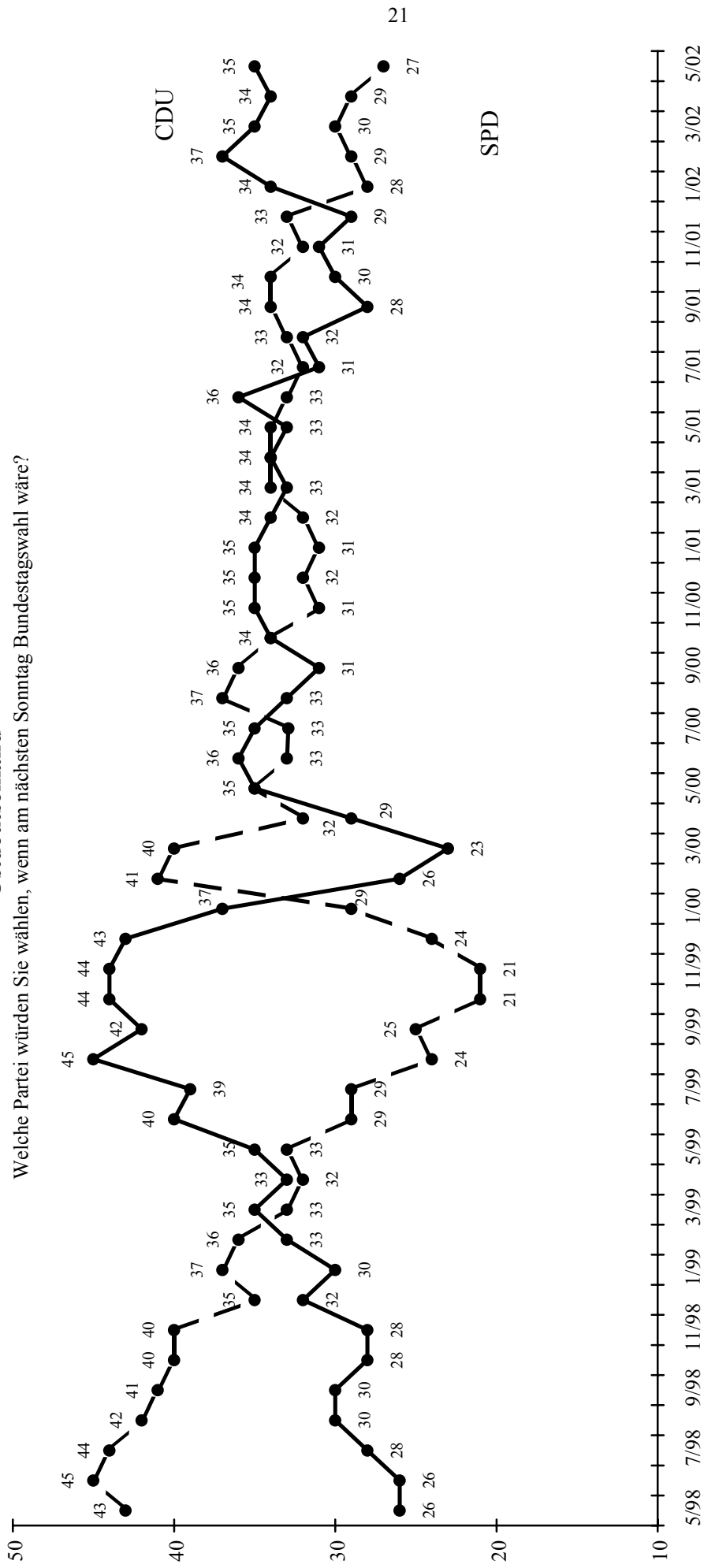
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler, Infratest dimap

Sonntagsfrage Infratest dimap Ostdeutschland

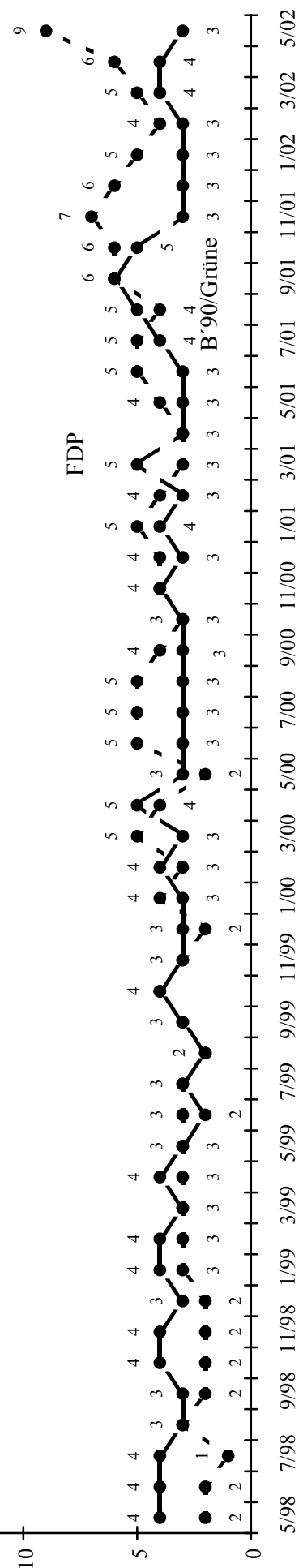
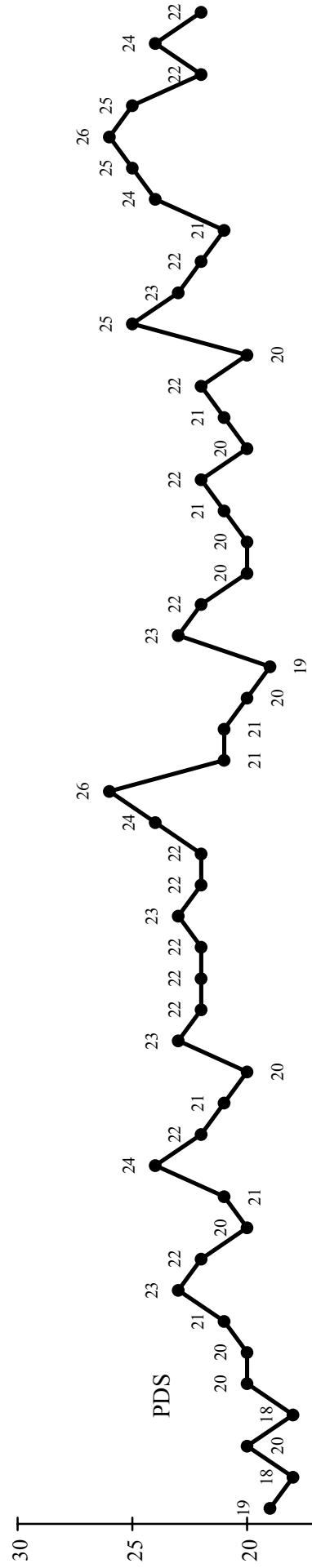
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler; Infratest dimap

Sonntagsfrage Infratest dimap Ostdeutschland

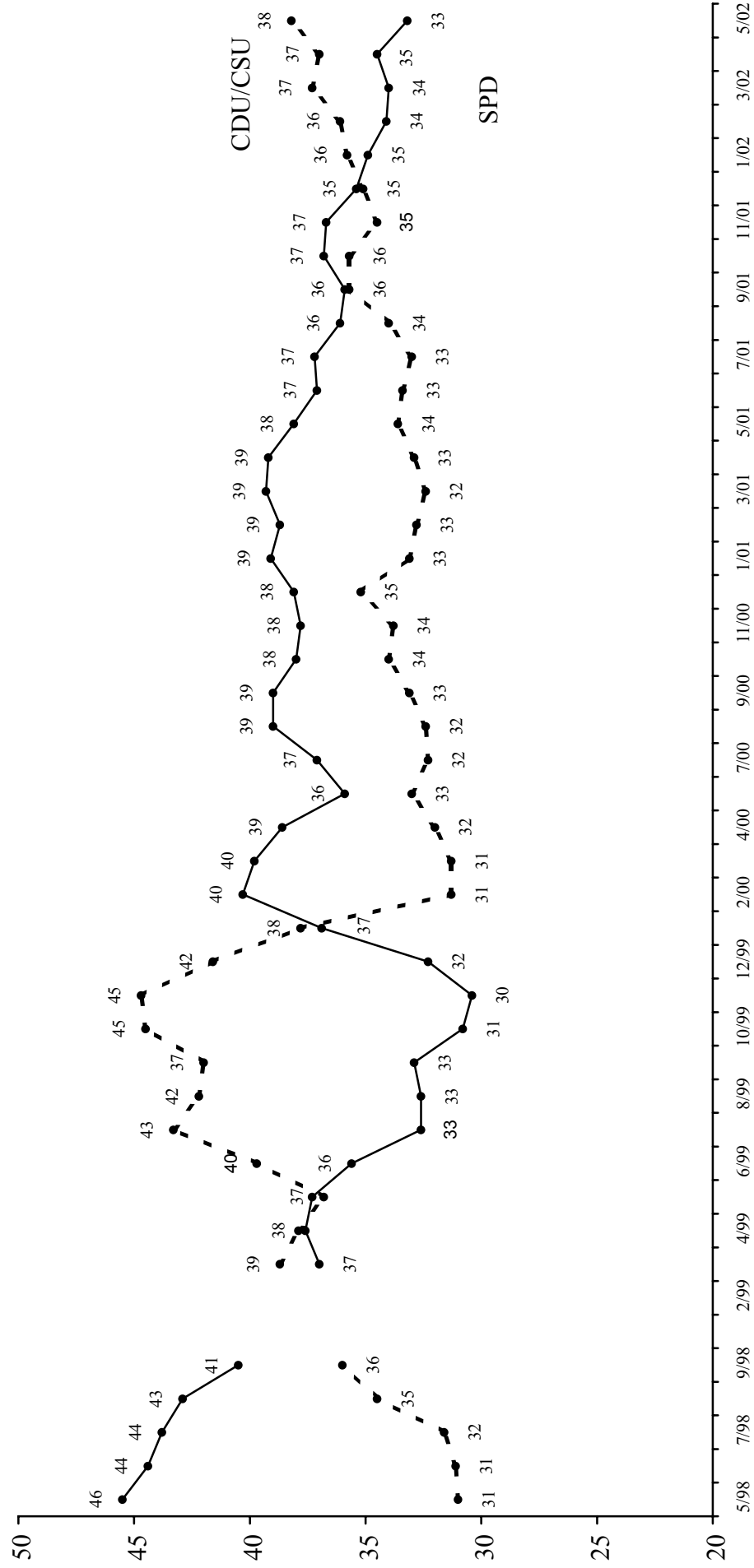
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler; Infratest dimap

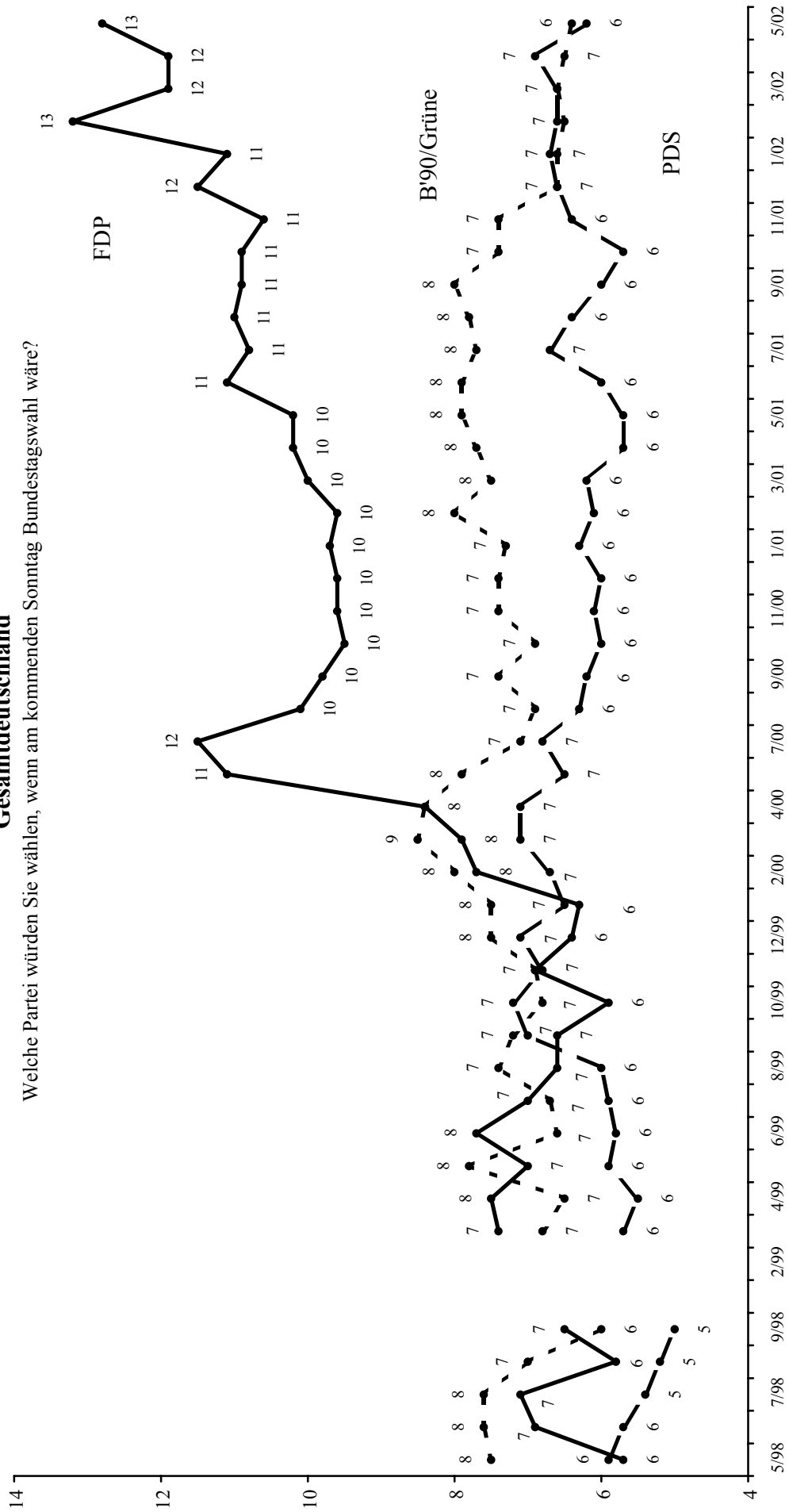
Sonntagsfrage IfD Allensbach Gesamtdeutschland

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?



Sonntagsfrage IfD Allensbach Gesamtdeutschland

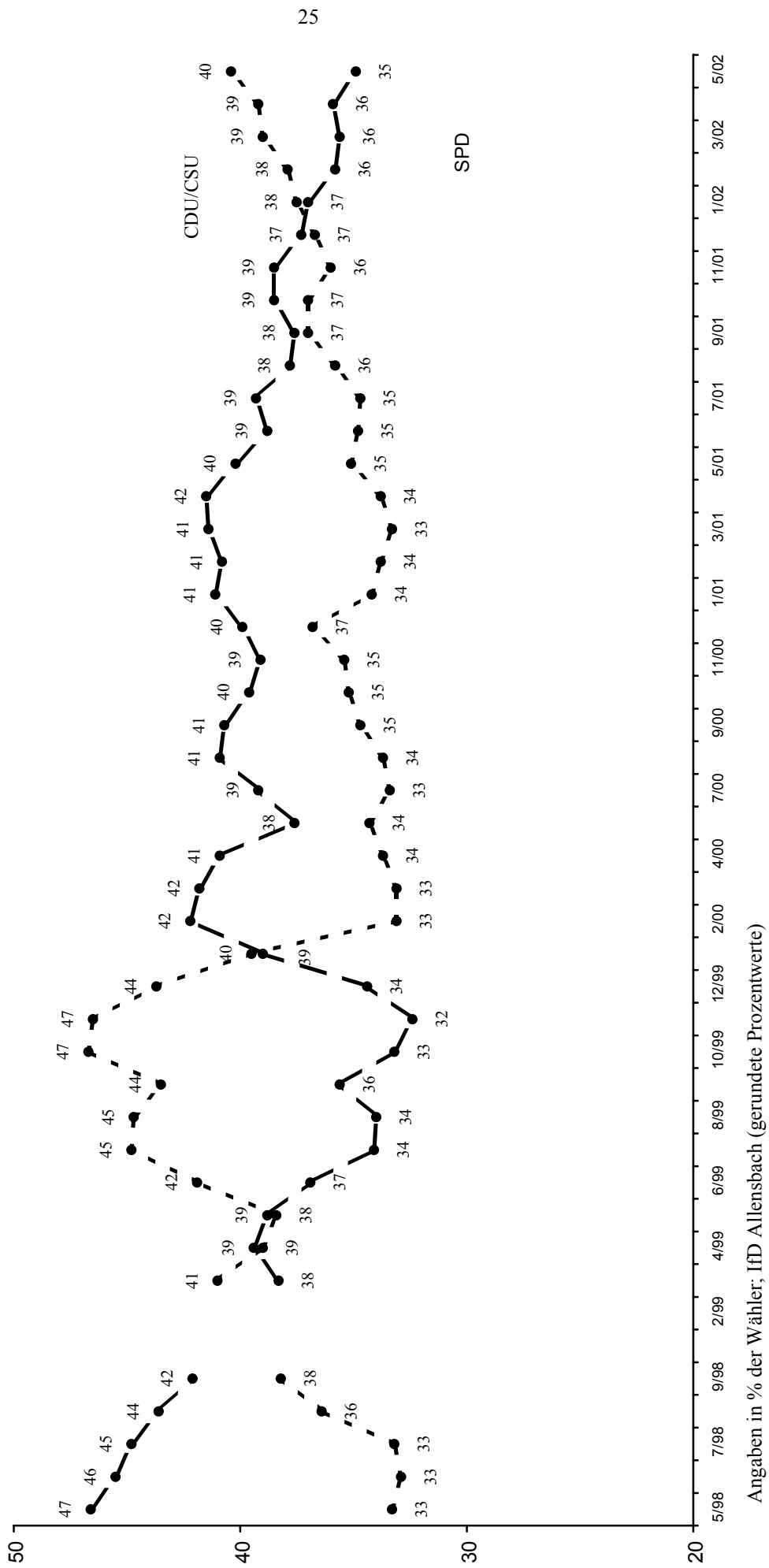
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler; IfD Allensbach (gerundete Prozentwerte)

Sonntagsfrage IfD Allensbach Westdeutschland

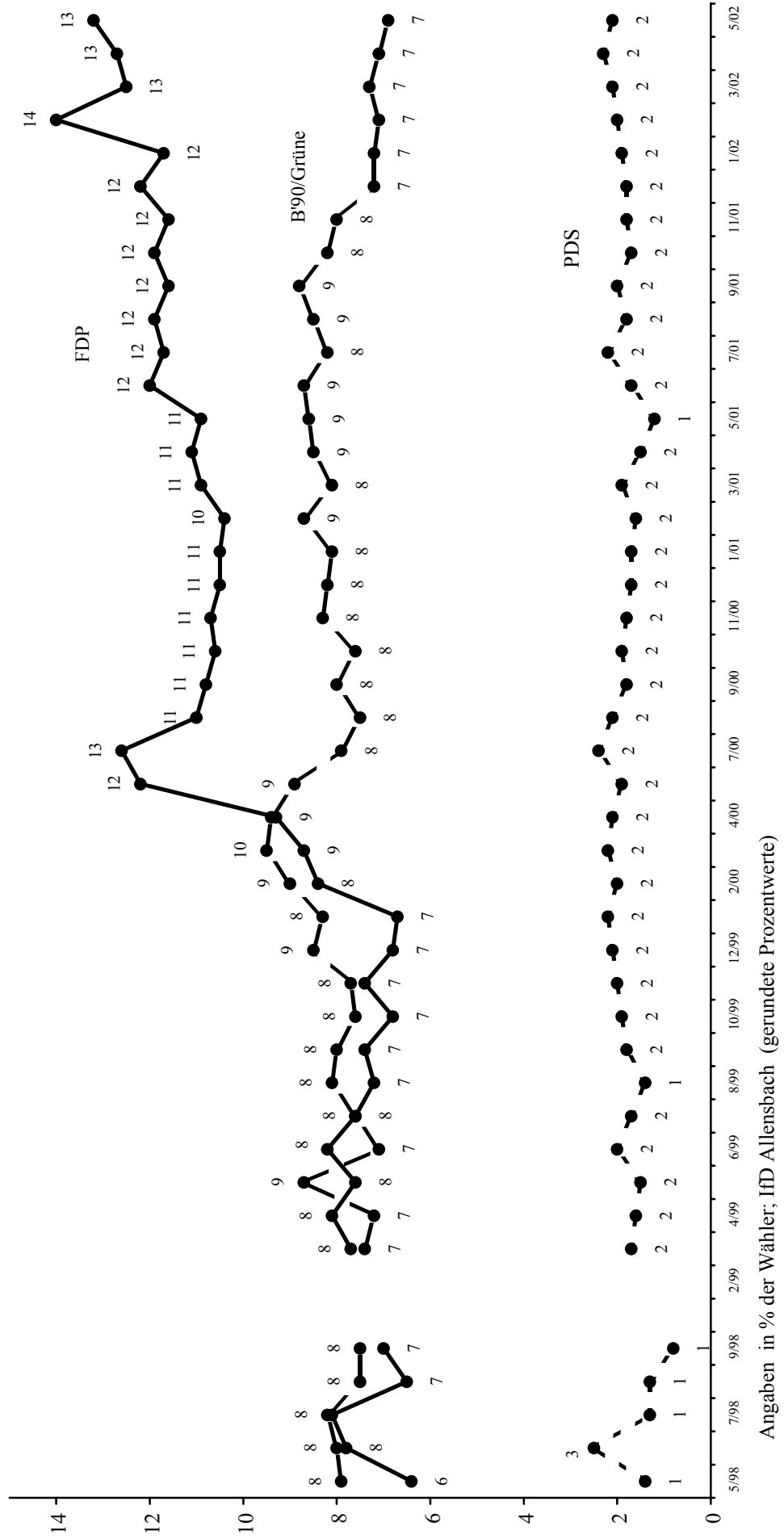
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?



Sonntagsfrage IfD Allensbach

Westdeutschland

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?



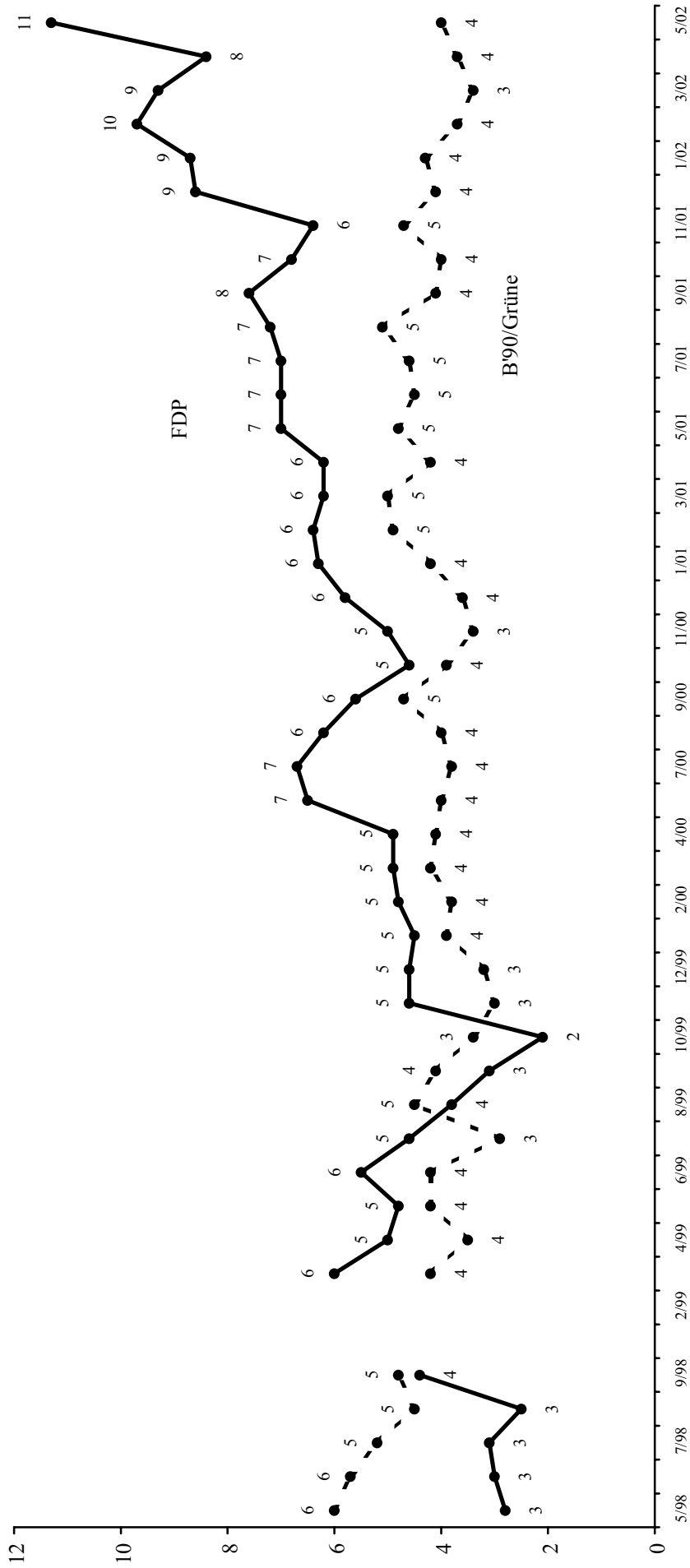
Ostdeutschland

Figure 1 is a line graph showing the evolution of the number of nodes in the PDS, SPD, and CDU for the 27th iteration of the algorithm. The x-axis represents time from 5/98 to 5/02. The y-axis represents the number of nodes, ranging from 18 to 41. The PDS (solid line) starts at 36, peaks at 37, and ends at 23. The SPD (dashed line) starts at 24, peaks at 27, and ends at 26. The CDU (dotted line) starts at 22, peaks at 27, and ends at 27. The graph shows a general downward trend for all three metrics over time.

Angaben in % der Wähler, IFD Allensbach (gerundete Prozentwerte)

Sonntagsfrage IFD Allensbach Ostdeutschland

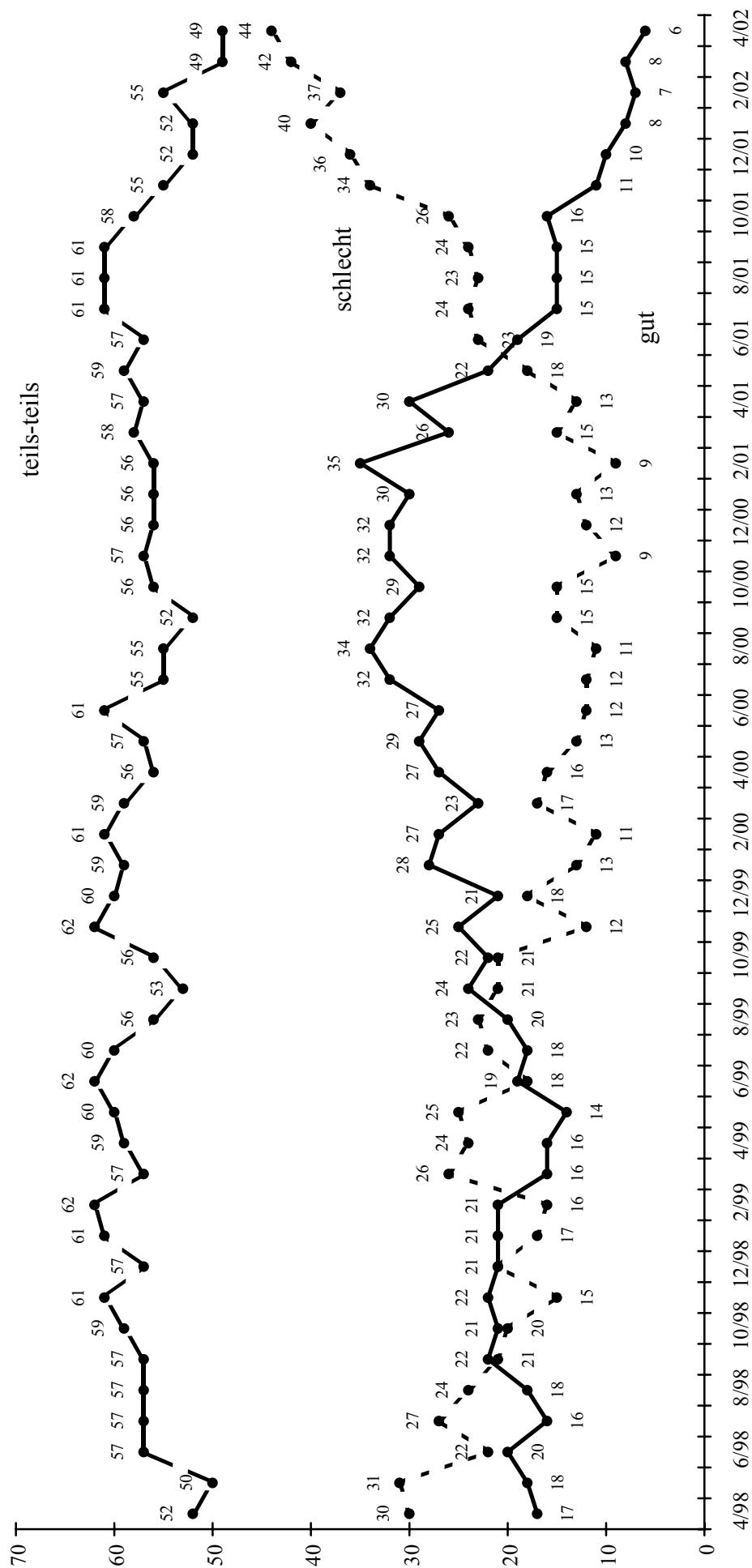
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler; IFD Allensbach (gerundete Prozentwerte)

Bewertung der aktuellen Wirtschaftslage

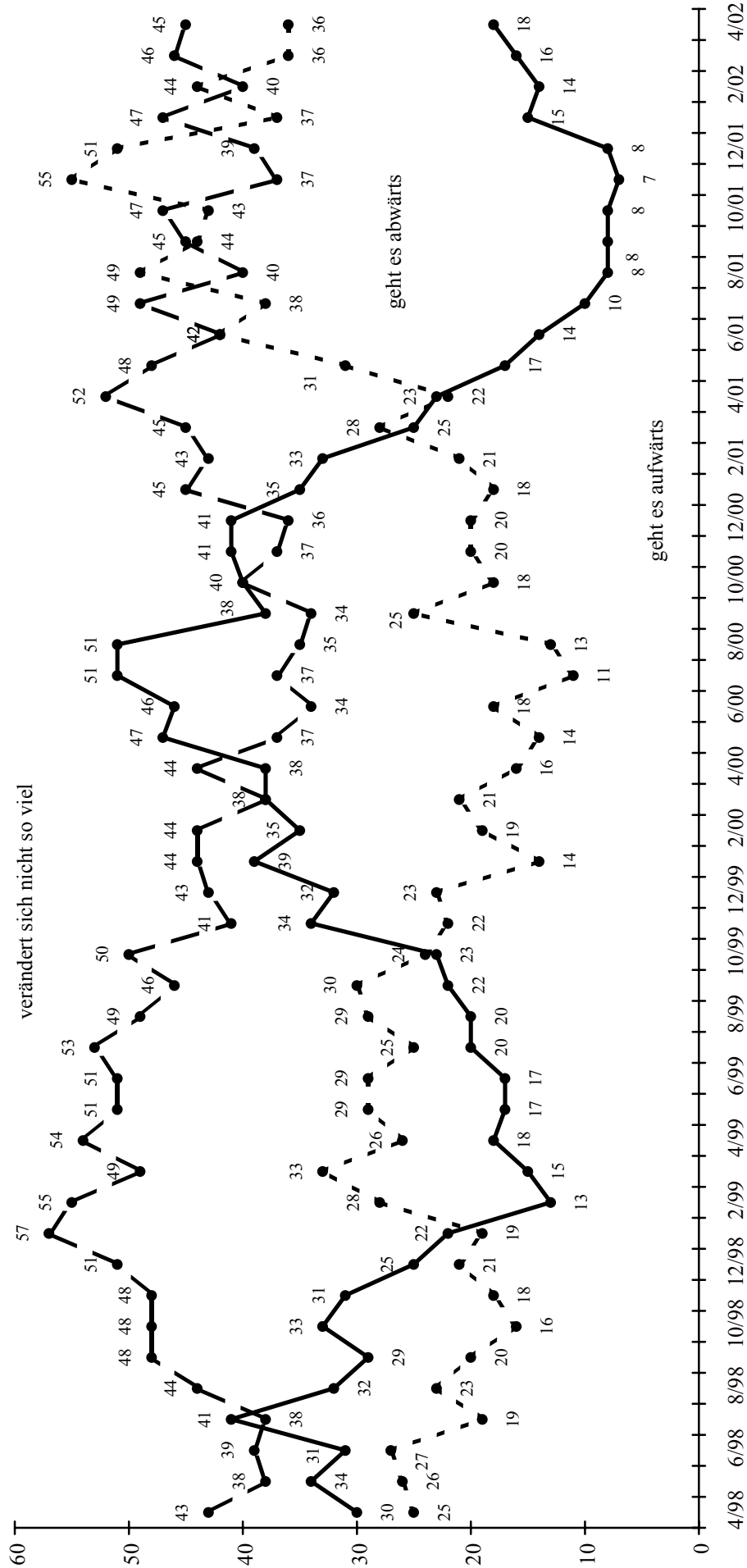
Wie bewerten Sie die derzeitige allgemeine Wirtschaftslage?



Angaben in % der Wahlberechtigten; Forschungsgruppe Wahlen

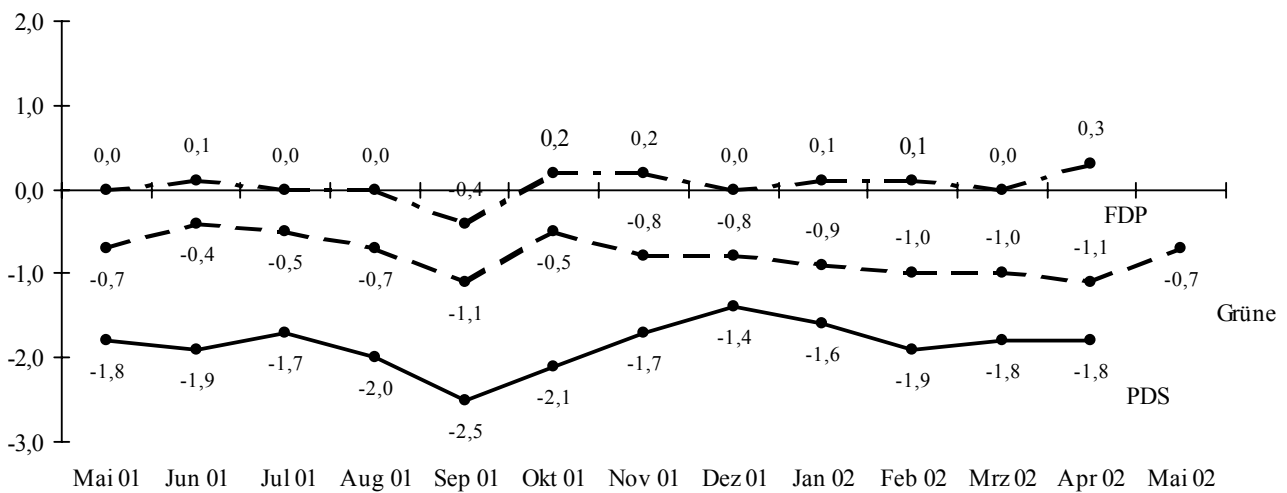
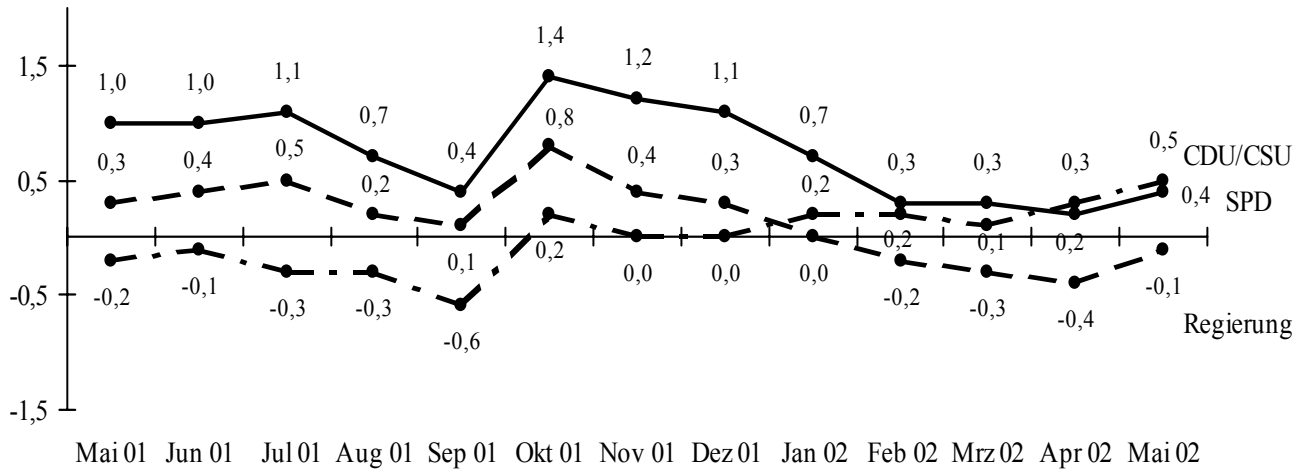
Bewertung der zukünftigen Wirtschaftslage

Und wie wird sich die Wirtschaftslage in Deutschland in den nächsten Monaten verändern?



Angaben in % der Wahlberechtigten; Forschungsgruppe Wahlen

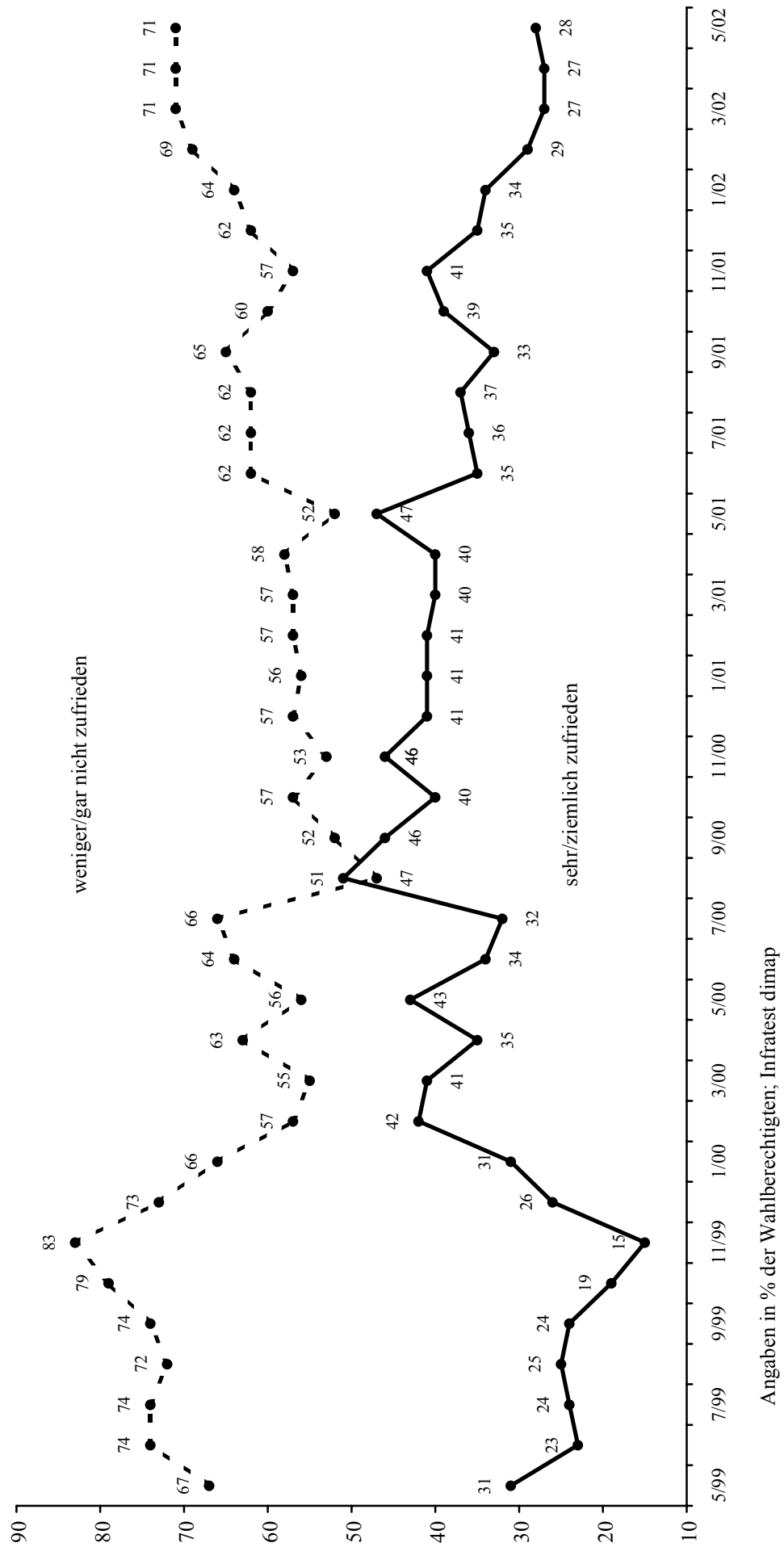
Zufriedenheit mit Regierung und Opposition



Mittelwerte der Wahlberechtigten; Skala von -5 (sehr unzufrieden) bis +5 (sehr zufrieden);
Forschungsgruppe Wahlen

Zufriedenheit mit der Bundesregierung

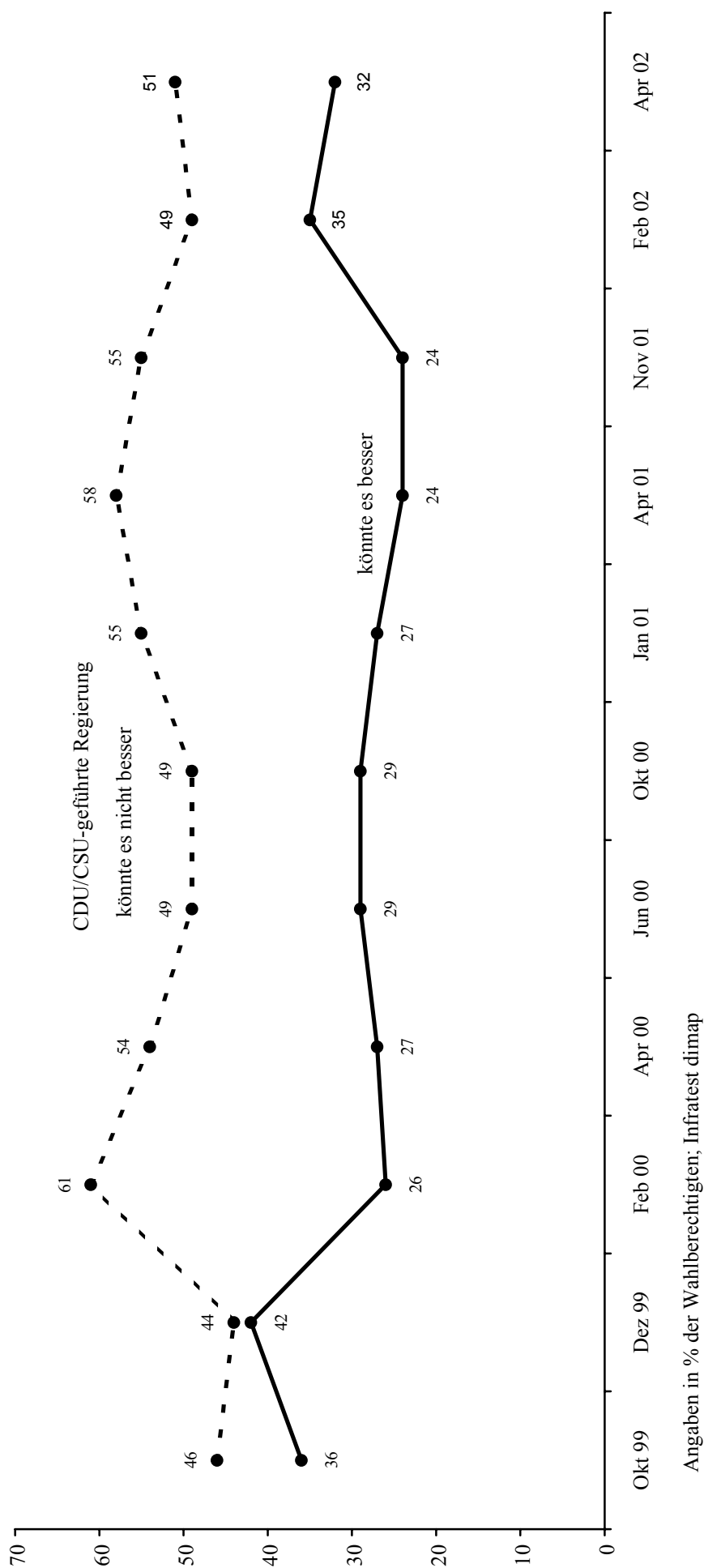
Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung?



Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap

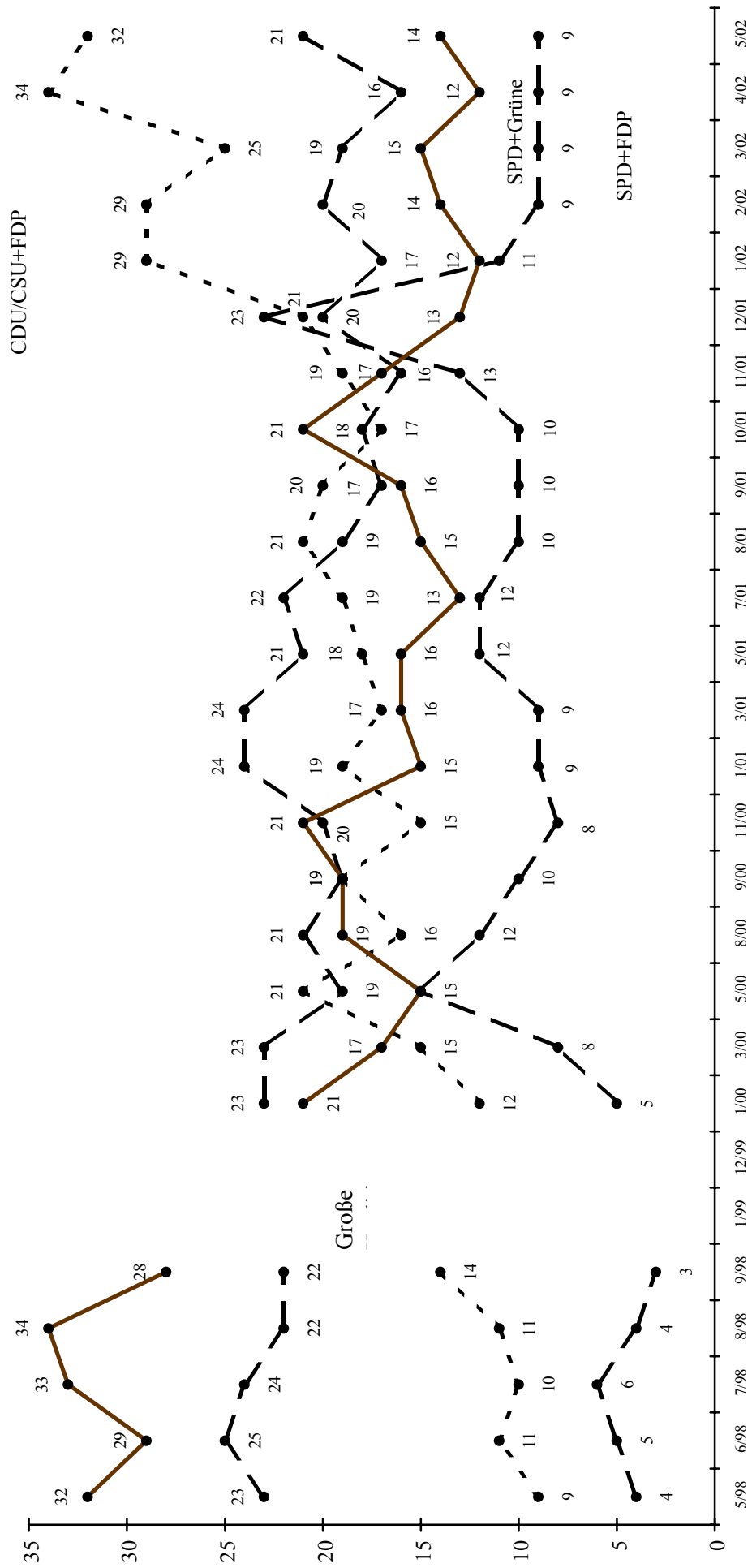
Einschätzung einer CDU/CSU - geführten Bundesregierung

Könnte eine anstehende CDU/CSU-geführte Bundesregierung die anstehenden Aufgaben und Probleme besser lösen, oder wäre sie dazu nicht in der Lage?



Gewünschte Regierungskoalition

Welche Koalition wäre Ihnen am liebsten, wenn keine der Parteien bei der nächsten Bundestagswahl die absolute Mehrheit erhält?



Angaben in % der Wahlberechtigten; Forschungsgruppe Wahlen

Wichtigkeit politischer Probleme

- spontane, offene Nennung -

In welchen politischen Bereichen gibt es Ihrer Meinung nach zur Zeit die meisten politischen Probleme?

[illegible]

Parteienkompetenz																			
	Wirtschaft			Arbeitslosigkeit			Alterssicherung			Gesundheitspolitik			Familienpolitik			Steuerpolitik			
	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.	
1998	3	31	34	-3	19	47	-28												
	4	34	37	-3	20	44	-24												
	5	32	38	-6	20	47	-27												
	6	37	37	0	23	44	-21												
	7	37	37	0	23	46	-23												
	8	41	32	9	27	40	-13												
	9	43	33	10	28	43	-15												
	1999	2	38	42	-4	27	48	-21											
		5	47	28	19	33	37	-4											
7		50	28	22	36	33	3	38	31	7						34	35	-1	
9		53	23	30	36	29	7				29	31	-2			37	29	8	
12		51	25	26	36	31	5				34	25	9			37	26	11	
2000	2	38	39	-1	24	45	-21				25	36	-11			24	43	-19	
	5	41	36	5	26	45	-19									28	42	-14	
	8	35	42	-7	23	51	-28	29	37	-8						25	45	-20	
	11	39	35	4	27	46	-19	30	33	-3						31	35	-4	
		2	40	33	7	30	42	-12	30	33	-3	24	31	-7			28	38	-10
2001	5	40	34	6	28	43	-15	26	36	-10						28	37	-9	
	8	40	30	10	33	32	1	30	30	0	29	27	2	22	46				
	10	40	34	6	33	35	-2	28	37	-9						30	36	-6	
		1	44	30	14	35	30	5	32	33	-1	29	28	+1			31	30	1
4	45	29	16	39	27	12	33	31	2				23	45	-22	33	28	5	
Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap																			

Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap

Parteienkompetenz																		
	Staatsverschuldung			Kriminalität			Schutz vor Terror in Deutschland			Asyl/Ausländer			Außenpolitik			Soziale Gerechtigkeit		
	CDU/CSU	SPD	Diff.	CDU/CSU	SPD	Diff.	CDU/CSU	SPD	Diff.	CDU/CSU	SPD	Diff.	CDU/CSU	SPD	Diff.	CDU/CSU	SPD	Diff.
1998	3																	
	4																	
	5			31	32	-1				20	35	-15						
	6			34	29	5				24	35	-11						
	7			38	30	8				28	32	-4						
8				41	27	14				32	30	2						
				40	29	11				31	32	-1						
1999	2			42	30	12				31	38	-7						
	5			45	26	19				33	37	-4						
	7		38	47	22	25							39	32	7			
	9	30	37	43	22	21										26	42	-16
	12	27	37	45	20	25										27	38	-11
2000	2	20	46	33	32	1										29	41	-12
	5	22	47	39	27	12										17	49	-32
	8			41	28	13				28	34	-6				20	47	-27
				43	25	18				25	37	-12				19	48	-29
	11			43	25	18				27	35	-8				22	45	-23
2001	2			37	29	8										17	49	-32
	5			37	27	10										20	47	-27
	8			42	28	14				25	34	-9				19	48	-29
	10			39	30	9										22	45	-23
2002	1			40	26	14				29	32	-3				28	38	-10
	4			46	23	23				35	29	6				28	37	-9
																21	40	-19
Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap																		

Zufriedenheit mit Politikern																	
	Merkel	Stoiber	Merz	Schäuble	Schröder	Schily	Eichel	Müller	Riester	Scharping	Münterfering	Fischer	Trittin	Künast	Westerwelle	Möller	Gysi
Okt 98		1,7		1,9	2,6					0,5		0,7					
Nov 98		1,3		1,8	2,4					0,2		1,4	0				-1,0
Dez 98		1,3		1,4	2,2					0,2		1,3	-0,3				-1,2
Jan 99		1,2		1,2	2,2					0,3		1,2	-0,9				-1,4
Feb 99		1,0		1,1	2,0					0,3		1,4	-1,5				-1,6
Mrz 99		1,1		1,1	1,8					0,3		1,5	-1,6				-1,4
Apr 99		1,1		1,2	2,2		1,2			1,5		2,2	-1,3				-1,5
Mai 99		1,3		1,2	2,0		1,1			1,3		1,9	-1,6				-1,8
Jun 99		1,3		1,4	1,6		0,7			1,1		2,0	-1,8				-1,6
Jul 99		1,2		1,0	1,3		0,9		0,0	1,4		2,1	-1,5				-1,4
Aug 99		1,0		1,1	0,7		0,7		0,0	1,2		1,9	-1,5				-1,5
Sep 99		0,7		1,5	0,5		0,7		-0,1	0,9		1,9	-1,3				-1,1
Okt 99		0,7		1,3	0,5		0,6			1,0	0,4	1,8					-1,2
Nov 99		0,9		1,1	0,6		0,7			0,9	0,3	1,6					-1,1
Dez 99		0,7		1,1	1,2		0,9			1,0	0,6	1,9					-1,3
Jan 00	0,9	0,7		-0,5	1,7		1,2			1,0		2,0					
Feb 00	1,1	0,6		-1,0	1,4		0,9			0,8		1,7					
Mrz 00	1,7	0,9		0,2	1,6		1,1			0,8		1,6					
Apr 00	2,4	0,9		0,6	1,6		1,0			0,7		1,6					-0,9
Mai 00	2,0	1,1	0,8	0,5	1,8		1,3			0,9		1,7					-0,8
Jun 00	1,8	0,8	0,6	0,1	1,4		0,8			0,7		1,4					
Jul 00	1,4	0,7	0,3		1,9		1,2			0,7		1,8	-0,8			-0,1	
Aug 00	1,5	0,8	0,3		2,0		1,7			0,8		1,9	-0,6			-0,1	
Sep 00	1,4	0,9	0,2		1,6		1,0			0,5		1,7	-1,1			-0,1	
Okt 00	1,0	0,5	0,0		1,4		0,9		0,0	0,4		1,6	-1,0			-0,5	
Nov 00	0,9	0,8	0,0		1,9		1,2		0,4	0,8		1,9	-0,5			-0,1	
Dez 00	1,0	1,0	0,1		2,0		1,1		0,3	0,6		2,2	-0,6			-0,4	
Jan 01	0,9	0,7	0,0		1,8		0,9		0,1	0,4		1,6		0,3	0,3		
Feb 01	0,3	0,8	-0,5		1,8		1,1		0,2	0,2		1,6		1,3	0,4		
Mrz 01	0,7	0,9	-0,5		1,9		1,0		0,2	0,1		1,6		1,6	0,4		
Apr 01	0,5	0,7	-0,5		1,9		1,2			0,3		1,6	-1,3	1,5	0,2		
Mai 01	0,5	0,8	-0,2		1,7		1,0			0,2		1,5	-1,0	1,2	0,8		
Jun 01	0,5	1,0	-0,4		1,9		1,2			0,3		1,9	-0,9	1,2	0,7		
Jul 01	0,5	0,9	-0,5		2,0		1,3			0,4		2,1	-0,7	1	0,7		
Aug 01	0,5	0,8			1,3		1,0	0,7				1,9	-0,7	0,7	0,7		-0,6
Sep 01	0,4	1,1			1,6		1,1	0,7				1,8	-0,8	0,6	0,6		-0,7
Okt 01	0,7	1,4			2,5	1,4	1,2			0		2,3			0,8		-0,5
Nov 01	0,5	1,2	-0,1		1,9	0,9	0,9			-0,5		2,1			0,7		-0,1
Dez 01	0,9	1,3	-0,1		1,9	1,1	0,9			-0,6		2,3			0,6		0,3
Jan 02	1,2	1,2		0,9	1,5	0,7	0,9			-1,0		1,9			0,6		0,0
Feb 02	1,0	0,7		1,0	1,3	0,3	0,4			-1,3		1,8			0,5		-0,3
Mrz 02	0,9	0,8		0,8	1,3	0,5	0,4			-1,5		1,9			0,5		-0,5
Apr. 02	0,8	0,6			1,0	0,7	0,6			-1,3		1,9		0,4	0,6		-0,3
Mai 02	1,0	0,8			1,2	0,9	0,8			-1,4		1,8		0,3	0,8		-0,5
	Merkel	Stoiber	Merz	Schäuble	Schröder	Schily	Eichel	Müller	Riester	Scharping	Münterfering	Fischer	Trittin	Künast	Westerwelle	Möller	Gysi

Mittelwerte der Wahlberechtigten, Skala von - 5 (sehr unzufrieden) bis +5 (sehr zufrieden); Forschungsgruppe Wahlen

Zufriedenheit mit Politikern															
	Merkel	Stoiber	Merz	Schröder	Schily	Eichel	Schaping	Riester	Schmidt	Fischer	Trittin	Künast	Roth	Wester- welle	Zimmer
Mai 00	70	51	30	57		50				70					8
Jun 00	65	47	29	56		43				67					9
Jul 00	60	47	26	57		45				66	22				9
Aug 00	62	48	29	69		57				79		20			10
Sep 00	59	45	27	64		59				73					8
Okt 00	55	47	26	53		45		30		68					8
Nov 00	55	45	26	58		47		30		71					13
Dez 00	51	47	28	61		48		31		71					9
Jan 01	54	47	29	62		47		32		69				42	9
Feb 01	44	46	27	64		50		34		73				40	10
Mrz 01	40	49	20	60		45		30		67	30	50		35	8
Apr 01	45	48	27	64		52				72	21	58		40	8
Mai 01	46	46	26	65		49		36		70		60		43	13
Jun 01	38	46	24	58	42	43				70		53		43	9
Jul 01	42	52	23	60		52			26	76		57		47	9
Aug 01	41	52		58		48			26	77	30	53		43	10
Sep 01	40	49		59		50	34		27	78		54	23	45	11
Okt 01	42	55		72	61	51	35			81				47	10
Nov 01	40	55			55	46	28						23	43	13
Dez 01	43	51		59	50	45	27			80			25	44	13
Jan 02	52	58		63	60	51	27			83			25	51	15
Feb 02	58	51	30	55	46	45				78		52		42	27
Mrz 02	52	44		50	43	40		21		73		54		43	12
Apr 02	54	46		52	53	44		28		80		56		49	15
Mai 02	52	44		48	56	43	18			78		49		45	12
Angaben in % der Wahlberechtigten, Anteile sehr/ziemlich zufrieden; Infratest dimap															